

tarantel Nr. 23

PDS

Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform
bei der PDS

Januar 2003



Dokumente zum
Workshop "Welternährung"

Meinungen zum
Chemnitzer Parteitag und zum Programm

Gesundheitsgefahr durch
Mobilfunkantennen

Inhaltsverzeichnis

Dokumentation zum Workshop der Ökologischen Plattform (ÖPF), der AG Wirtschaftspolitik (AGW), der AG Agrarpolitik und ländlicher Raum (AGL) und der BAG Internationalismus (BAGI) bei der PDS am 08.10.2003 in Berlin "Sicherung der Welternährung – ökologisch nachhaltig, sozial gerecht (Probleme, Zusammenhänge, Politik)"	1
Der ungerechte Hunger - Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Sicherung der Welternährung <i>Susanne Götzte (ND vom 17.11.2003)f</i>	1
Information zum Workshop <i>Erika Czwing</i>	2
Armut-Ökologie <i>Wolfgang Sachs</i>	4
Welternährung und sozial (un)gerechte Weltwirtschaftsordnung <i>Anja Laabs</i>	7
Land- und Agrarreformen als Mittel der Hunger- und Armutsbekämpfung: Das Beispiel Brasilien <i>Jan Schikora</i>	9
Meinungen zum Parteitag in Chemnitz und zum neuen Parteiprogramm	12
Das neue Parteiprogramm aus ökologischer Sicht <i>Götz Brandt</i>	12
PDS-Parteitag in Chemnitz: Ein trauriges Ereignis <i>Marko Ferst</i>	14
Ökologie und das Programm der PDS <i>Manfred Wolf</i>	15
Gesundheitsgefahr durch Mobilfunkantennen <i>Götz Brandt</i>	17
Diskussion	19
Brief von Marko Ferst an den Rundfunk Berlin Brandenburg zur Sendung "Ozon"	19
Erwiderung des RBB	20
Termine	21

Übrigens:

Der technologische Fortschritt hat uns lediglich mit wirksameren Mitteln zum Rückschritt versehen.

Aldous Huxley

Editorial

Hallo liebe LeserInnen und MitstreiterInnen der Ökologischen Plattform!

In dieser Ausgabe gibt es als Hauptthemen eine Dokumentation des Workshops vom vergangenen November zur Frage Sicherung der Welternährung, leider nicht ganz vollständig, sowie noch drei Meinungen zum vor kurzem stattgefundenen Programmparteitag der PDS. In der nächsten Ausgabe wollen wir u. a. versuchen, einige Reminiszenzen, vielleicht auch Wertungen der Arbeit, zum 10-jährigen Bestehen der Plattform zusammen zu tragen. Wir denken, dass diese um so interessanter ausfallen können, je mehr sich von Euch daran beteiligen. Dazu möchten wir herzlich einladen. Es wäre also sehr schön, wenn für diese Ausgabe möglichst viele Beiträge und Meinungsäußerungen bei uns eingingen. Mitte März müssten wir aber dann den Sack langsam zu machen. Wer sich eine Wertung der Arbeit der Plattform verkneifen möchte, weil sie nicht so gut war, kann auch einfach schreiben, wie man sie noch wirkungsvoller gestalten könnte. Solche Vorschläge sind angesichts des knappen Etats und der Tatsache, dass alle ehrenamtlich arbeiten, sehr wichtig. Wir möchten in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass die Tarantel nur mit den Beiträgen unserer MitstreiterInnen und SympathisantInnen bestehen kann. Wir wissen, dass es unter ihnen viele gibt, die etwas zur Ökologie und zur ökologischen Politik zu sagen haben. Betrachtet diese Zeitschrift also auch künftig als unser gemeinsames Produkt.

Der Koordinierungsrat der Plattform hat am 6. Dezember die wichtigsten Termine für 2004 abgesteckt. Zwei davon könnt Ihr alle schon mal in Eurem Kalender vermerken:

1. Das Bundestreffen der Ökologischen Plattform wird am 8. und 9. Mai in Ehrenfriedersdorf, Jugendherberge Greifensteine stattfinden, natürlich auch im Zeichen des 10jährigen Bestehens, denn die wichtigsten Aktivitäten zur Gründung fanden in den Monaten Mai/Juni 1994 statt. Unsere Gründungserklärung trägt das Datum 24.06.1994.
2. Am 13. November wollen wir erneut einen Workshop organisieren, das Thema ist noch nicht festgelegt. Hier ist also auch noch Raum für Vorschläge.

Ergänzend noch die Daten für die Treffen des Koordinierungsrates: 13.03.; 07.05.; 18.09. und 04.12.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass die Plattform eine neue E-Mail-Adresse hat – bitte im Impressum beachten.

Dokumentation zum Workshop der Ökologischen Plattform (ÖPF), der AG Wirtschaftspolitik (AGW), der AG Agrarpolitik und ländlicher Raum (AGL) und der BAG Internationalismus (BAGI) bei der PDS am 08.10.2003 in Berlin "Sicherung der Welternährung – ökologisch nachhaltig, sozial gerecht (Probleme, Zusammenhänge, Politik)"

Der ungerechte Hunger - Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Sicherung der Welternährung

Susanne Götze
(ND vom 17.11.2003)

Über 800 Millionen Menschen leiden an Unterernährung. Dennoch sind genug Nahrungsmittelressourcen vorhanden, um jeden Erdenbürger satt zu bekommen. Wie dem Widerspruch beizukommen ist, diskutierte ein Workshop von PDS-Arbeitsgemeinschaften Anfang November in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Erstmals hatten die Ökologische Plattform, die AG Agrarpolitik, die AG Wirtschaft und die BAG Internationalismus der PDS gemeinsam eine thematische Konferenz organisiert – unter der Überschrift "Sicherung der Welternährung – ökologisch nachhaltig, sozial gerecht". Regierungsvertreter aus dem Norden hatten sich auf dem Welternährungsgipfel in Rom 1996 ein hehres Ziel gesetzt. Bis 2015 soll die Zahl der Hungernden weltweit von 800 Millionen auf 400 Millionen halbiert werden. Bis jetzt hat sich aber nicht viel bewegt. Entwicklungshilfe und Nahrungsmittellieferungen sind angesichts der großen Ungerechtigkeiten im Welthandel nur ein Tropfen auf den heißen Stein und reichen nicht aus, um Hunger und Armut zu bekämpfen. Auch das Scheitern des WTO-Gipfels in Cancun im September dieses Jahres hat gezeigt, wie wenig die Länder des Nordens bereit sind, ihre Vorrangstellung in der Weltwirtschaft zu Gunsten eines fairen Handelssystems aufzugeben. Experten bezweifeln, ob sich das Versprechen, den Hunger zu halbieren, unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen überhaupt durchsetzen lässt.

Nicht nur Mangel an Lebensmitteln - "Hunger, das bedeutet heute nicht mehr ein Mangel an Nahrungsmitteln", konstatierte denn auch Wolfgang Sachs vom Wuppertal-Institut einleitend auf dem Workshop. Hunger sei in der Gegenwart die Folge gesellschaftlicher Missverhältnisse. Es gäbe genug Nahrungsressourcen, um alle Menschen zu versorgen. Für die Zukunft schränkte Sachs dies allerdings ein: Wenn die Weltbevölkerung weiterhin so

rasant wachse, werde man in ein paar Jahren neben dem Verteilungs- auch ein Ressourcenproblem haben. Eine Hauptursache des Hungers im Süden sind nach wie vor die vielen brachliegenden Flächen. Jan Schikora von der Nichtregierungsorganisation FIAN Deutschland erläuterte, dass viele Kleinbauern in den Entwicklungsländern immer noch unter der Knute der Großgrundbesitzer arbeiteten und kein Land besäßen, um Nahrungsmittel für sich anzubauen. Viele Großgrundbesitzer würden ihr Land gar nicht agrarisch nutzen, während die Bauern nicht genug Lebensmittel hätten. Die Emanzipation der Landlosenbewegung, beispielsweise in Brasilien, zeigt nach Ansicht von Schikora, dass die Unterdrückten ihr Vertrauen nicht mehr in Regierungsversprechungen legten. Stattdessen würden sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Geht es um den – aktuellen wie künftigen – Mangel an agrarischen Ressourcen, haben einige Experten neuerdings schnell eine Lösung parat: Gentechnik. Schon jetzt wird von den USA massiv genetisch verändertes Saatgut nach Afrika exportiert. Von Teilen des Westens wird die Gentechnik als Lösung des Hungerproblems gepriesen. Tatsächlich wird dadurch nur die Verteilungsproblematik zwischen dem reichen Norden und dem Süden auf die lange Bank geschoben. Anja Laabs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung befasste sich mit diesem Kernproblem näher. Jährlich wachse die Weltbevölkerung um 90 Millionen Menschen. Versuche der Leistungssteigerungen im Agrarbereich – wie etwa Gentechnik oder neue Züchtungsverfahren – würden unter den herrschenden Verhältnissen nicht ausreichen, um alle Menschen zu ernähren, betonte Laabs. Die zunehmende Weltbevölkerung und damit der steigende Bedarf an Nahrungsmitteln werde die bestehenden strukturellen Probleme der Weltwirtschaft nur noch verschärfen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer litten immer noch an den billigen Nahrungsmittelimporten aus den Industrieländern, die die einheimischen Märkte zerstörten. Durch die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank seien

die Bauern außerdem seit den 70er Jahren gezwungen worden, ausschließlich Produkte für den Export anzupflanzen. Die Folgen, so Laabs, sind Monokulturen, die den Boden zerstören, Dumpingpreise und niedrige Löhne für die Kleinbauern. "In Vietnam findet man mittlerweile an jeder Tankstelle einen Kaffee-strauch", berichtet die Agrarexpertin.

Selbstbewusste Länder des Südens - Doch die Länder des Südens sind selbstbewusster geworden. Die billigen Arbeitskräfte sowie niedrigen ökologischen und sozialen Standards wandelten sich inzwischen zu »Vorteilen«. Was ihnen IWF und Weltbank seit Jahrzehnten predigen – Freihandel und Liberalisierung – wollen die Länder nun für sich in Anspruch nehmen und fordern von den Industrieländern eine Öffnung der Märkte für ihre Produkte. Der Protektionismus des Nordens, besonders im Agrarbereich, steht im diametralen Gegensatz zu den Forderungen, denen sich die Entwicklungsländern gegenübersehen. "Wenn Europa seine Zollgrenzen im Agrarbereich liberalisiert, wird von der Landwirtschaft hier nicht mehr viel übrig bleiben", kommentierte Wolfgang Sachs. Schon die Osterweiterung stelle die EU-Staaten vor immense Probleme –

auch wenn dies genau der Freihandel sei, den die Neoliberalen des Nordens vertreten. Diese Widersprüche zeigten, dass eine Globalisierung selbst im neoliberalen Sinne für den Norden unmöglich sei, stellte Sachs sarkastisch fest.

Protektionismus oder Liberalisierung? - Die Vertreter der einheimischen Landwirtschaft im Publikum brachte die Absicht, die hiesigen Märkte zu öffnen und damit auch ihre für den Süden nachteilige Subventionierung zu beenden, erwartungsgemäß auf die Palme. Die standardgerechte, ökologische Produktion in Europa dürfe nicht von billigen, gesundheitsgefährdenden Produkten des Südens unterwandert und das junge Pflänzchen des Ökologischen Landbaus zertreten werden. »Entweder Protektionismus für alle oder totalen Liberalismus«, rief Jan Schikora. Der Regionalwissenschaftler zieht die Strategie einer Dezentralisierung der Landwirtschaft vor. Die Regionen im Norden wie im Süden müssten gestärkt werden und auf Eigenversorgung im Agrarbereich umgestellt werden. Es mache ebenso wenig Sinn, in Deutschland Milch aus Usbekistan zu trinken, wie in Ghana Spaghetti aus Italien zu essen.

Information zum Workshop

Erika Czwing
(AG Agrarpolitik und ländlicher Raum
(AGL))

1. Als sozialistische Partei kämpft die PDS für Gerechtigkeit "weltweit". Sie geht davon aus, dass das Recht auf Nahrung ein grundlegendes Menschenrecht ist. Sie interpretiert dieses Recht in Übereinstimmung mit maßgeblichen Menschenrechtsorganisationen und NGO-Dachverbänden (z. B. FIAN, La Via Campesina) als "Recht, sich zu ernähren". Das bedeutet das Recht jeder Nation, die eigenen Möglichkeiten der Nahrungsgütererzeugung zu entwickeln, die für die Sicherung der Ernährung notwendig sind.

Während das Recht auf Nahrung im wesentlichen unstrittig ist, rüttelt die Interpretation als Recht, sich zu ernähren, an den Grundfesten der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Es stellt Prozesse in Frage wie

- die Verdrängung der Subsistenzwirtschaft,
- die Konzentration des Bodens in der Hand von mit dem internationalen Kapital verflochtenen Großgrundbesitzern,
- die Orientierung des Exports der Entwicklungsländer auf billige Rohstoffe,

- die Abhängigkeit der Ernährung in vielen Entwicklungsländern von Importen aus dem Norden.

2. Die vom Welternährungsgipfel 1996 beschlossene Halbierung der Zahl der Hungernen bis zum Jahr 2015 wird nicht erreicht. Der jährliche Rückgang betrug bisher nicht wie notwendig 20 Mill., sondern nur 8 Mill. Die FAO führt als wesentliche Ursachen Naturkatastrophen und Kriege, aber auch das Nichtumsetzen von beschlossenen Programmen an.

Der Widerspruch zwischen Überproduktion von Nahrungsgütern in Nordamerika und der EU und der Unterproduktion in anderen Teilen der Welt hat sich verschärft. Von den 148 Entwicklungsländern sind 105 Netto-Lebensmittelimporteure. Gleichzeitig werden 40 % der Weltgetreideernte als Tierfutter für den Wohlstand der Reichen verwendet.

Diese Entwicklung droht sich fortzusetzen. Bei einem bis 2030 prognostizierten Wachstum der Bevölkerung um jährlich 1,1 % und der Erzeugung von Nahrungsmitteln um 1,5 % stehen dann durchschnittlich 3050 kcal an Nahrungenergie zur Verfügung (z. Zt. 2800). Dennoch wird die Zahl der Hungernden von gegenwärtig ca. 800 Mill. nach neueren, realistischeren Einschätzungen nur wenig sinken, Besonders kritisch bleibt die Lage im Subsahara-Afrika.

3. Unstrittig ist, dass der Kampf gegen den Hunger heißt: Kampf gegen die Armut! Das bedeutet nicht nur Sicherung von höheren Einkommen, sondern Zugang zu Ressourcen (Boden, Wasser, Bildung) und Erhalt von Gemeinschaften (Familienverbände, Dorfgemeinschaft).

Dass es im 21. Jahrhundert noch Hunger und Unterernährung in diesen Dimensionen gibt, hat ausschließlich gesellschaftliche Ursachen:

- Profitgier der internationalen Konzerne, die sich auch solcher Organisationen bedienen wie WTO, IWF usw.,
- halbfeudale Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse in den Ländern der dritten Welt,
- verschwenderische, teilweise parasitäre Lebensweise der Eliten vor allem in den reichen Ländern.

Bereits jetzt würde -- gleichmäßige Verteilung vorausgesetzt - die Produktion von Nahrungsgütern ausreichen, um die Menschheit zu ernähren. Das stimmt allerdings nur statistisch. Es wäre eine völlig unrealistische Annahme, dass der hohe Konsum in den reichen Staaten auf den Weltdurchschnitt reduziert werden kann. Auch bei vernünftigerer Lebensweise, für die sich auch die PDS einsetzt, sind die Auswirkungen marginal.

Deshalb ist die Lösung des Welternährungsproblems sowohl eines des Zugangs Aller zur Nahrung, als auch eines der Produktionssteigerung. Bis zum Jahr 2030 muss die Getreideerzeugung weltweit um 50 % erhöht werden. Durch die steigende Produktion sind abzudecken:

- der Nahrungsbedarf des Bevölkerungswachses,
- der erhöhte Bedarf der gegenwärtig Hungernden,
- der erhöhte Bedarf aus wachsender Kaufkraft in den Schwellenländern.

Diese Steigerung der Produktion ist bei im wesentlichen gleichbleibenden natürlichen Ressourcen zu bewältigen. Intensivierung ist folglich unumgänglich, es geht darum, wo und wie sie sich sozial und ökologisch realisieren lässt.

4. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion stößt immer stärker an ökologische Grenzen. Auch deshalb kommt dem Erhalt und Schutz solcher Ressourcen wie Boden, Wasser, Nutzpflanzen und Nutztiere sowie der Stabilisierung der Klimabedingungen eine hohe Priorität zu. Nachhaltigkeit erfordert eine besonders enge Kooperation zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz.

Die Landwirtschaft verursacht einerseits Nachhaltigkeitsdefizite, insbesondere wenn sie nicht sachgerecht und standortangepasst betrieben

wird. Gleichzeitig wächst aber ihre sozial-ökologische Bedeutung im Zusammenhang mit dem Erhalt der ländlichen Räume und dem Umstieg auf regenerative Rohstoffe und Energieträger. Deshalb müssen sowohl eine verstärkte Entwicklung von Agrarforschung und -technologie als auch die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen (Handelsabkommen, internationale Standards, EU-Förderpolitik) darauf ausgerichtet werden, die Agrarproduktion in allen Regionen der Welt ökologischer zu betreiben.

Für die BRD kommt es darauf an, durch steigenden Anteil von integriertem und ökologischem Landbau die Ressourcennachhaltig zu sichern und durch eine bessere Standortverteilung der Tierproduktion die Über- und Unterversorgung der Böden mit organischer Substanz zu überwinden.

5. Bedarfsgerechte und dennoch nachhaltige Nahrungsgüterproduktion erfordert unterschiedliches Produktionswachstum mit Kompromissen zwischen optimaler Nutzung der regionalen natürlichen und ökonomischen Ressourcen einerseits und möglichst verbraucher-naher Produktion von Grundnahrungsmitteln andererseits.

Angesichts der gegenwärtigen Defizite und der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung ist ein überdurchschnittliches Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern anzustreben. Für die Bekämpfung des Hungers wird das aber nur wirksam in Verbindung mit Korrekturen in den ungleichen Wirtschaftsbeziehungen, Schuldenabbau und Verbesserung der Einkommen.

Abweichend von den gegenwärtigen neoliberalen Trends wäre es notwendig:

- Agrarexporte der Industriestaaten in Entwicklungsländer zu reduzieren und keinen Missbrauch von Nahrungsmittelhilfe zu dulden,
- alle Subventionen, die dem Export dienen (nicht zu verwechseln mit den Ausgleichszahlungen an die Bauern!) abzuschaffen,
- Importe agrarischer Billigrohstoffe, die zu Lasten der Nahrungsproduktion in Hungerländern erzeugt werden, zu drosseln und durch Eigenprodukte zu ersetzen (Eiweißfutter, Edelhölzer ...),
- Entwicklungshilfe auf die Schaffung von Produktionsgrundlagen zu konzentrieren und Forschungsergebnisse den ärmsten Ländern kostenlos zur Verfügung zu stellen,
- die Praxis von WTO und IWF, die Entwicklungsländer zur Erweiterung der Exportproduktion zu Lasten der eigenen Ernährung zu zwingen, zu ändern,

- statt gnadenlosen Konkurrenzkampf zu organisieren (z. B. Brasilien - Vietnam bei Kaffee), Vereinbarungen der Lieferländern bis hin zu Mindestpreisen auf "transfair"-Niveau zu unterstützen.

Die Industrieländer sollten ihre Agrarproduktion verhalten und umweltbewusst entwickeln, um sich auf hohem Niveau mindestens selbst zu versorgen und nicht unnötigen "Naturimport" aus der dritten Welt zu tätigen. Über den normalen Sortimentsaustausch hinaus sind Exportstrategien kritisch hinsichtlich ihrer Wirkung in den Empfängerländern zu prüfen.

Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben die Voraussetzungen, sich auch bei wieder steigender Kaufkraft selbst zu versorgen bzw. Defizite und Überschüsse im bilateralen Handel auszugleichen. Auch hier wird der Erhalt der Subsistenzwirtschaft ein wichtiger Bestandteil der Ernährungssicherheit sein.

6. Für die Lösung des Welternährungsproblems ist die Entwicklung und Nutzung der Agrarwissenschaften in ihrer ganzen Bandbreite und "vor Ort" unerlässlich. Dazu gehören sowohl die Vervollkommnung der herkömmlichen Verfahren von Bodenbearbeitung, Düngung, Pflanzenschutz, Ernte und Konservierung un-

ter dem Gesichtspunkt von Umwelt- und Gesundheitsschutz und einer effektiveren Nutzung verringerter chemischer und mechanischer Inputs als auch völlig neue Verfahren auf der Basis von Biotechnologien.

Die "Grüne Gentechnik" ist auch innerhalb der PDS noch immer umstritten. Einigkeit herrscht darüber, dass sie nicht als Wunderwaffe gegen den Hunger vermarktet und dem Monopol internationaler Multis unterworfen werden darf. Gleichzeitig muss ohne ideologische Vorbehalte aufmerksam verfolgt werden, inwieweit die Gentechnik Lösungsansätze bietet und welche politischen Rahmenbedingungen zu schaffen sind, um ihren Missbrauch zu verhindern.

7. Die Lösung des Armut- und Hungerproblems wird erschwert durch die Bevölkerungsentwicklung.

Im Interesse von Menschen und Umwelt ist eine Verlangsamung des Wachstums wünschenswert. Staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen der Geburtenkontrolle sind zu unterstützen, sofern sie nicht individuelle Menschenrechte verletzen. Familien oder Völker mit hoher Geburtenrate dürfen aber nicht diskriminiert werden.

Armuts-Ökologie

Wolfgang Sachs

Die Politik der Armutsbekämpfung ist gespickt mit schiefen Vorstellungen. Zu den beliebten Mythen gehört die Auffassung,

- die Armen würden die Umwelt zerstören,
- Wirtschaftswachstum behebe die Armut und
- Wachstum sei deshalb das Rezept für die Beseitigung der Armut wie der Umweltbelastung.

Doch wahrscheinlich ist jedes Glied in dieser Argumentationskette fehlerhaft ist. Deshalb werden darauf basierenden politischen Entscheidungen allzu leicht kontraproduktiv sein. Gewiss, von ihrem Land verdrängte, marginalisierte Menschen können gar nicht anders, als ihren Wald abzuholzen und ihr Land zu überweiden. Doch bäuerliche Gemeinschaften haben sich im allgemeinen als sorgsame Hüterinnen und Anwälte von Ressourcen und Ökosystemen erwiesen. Da die Armen oft auf die Fruchtbarkeit des Bodens, die Fische aus Gewässern, auf medizinisch verwertbare Pflanzen, auf Holz aus den Wäldern und auf wildlebende Tiere für ihr Überleben und ihre Einkünfte angewiesen sind, haben sie auch ein

sehr handgreifliches Interesse daran, Naturressourcen zu erhalten.

Auch das Argument über Wirtschaftswachstum bedarf der Klärung. Die Lebensbedingungen von bäuerlichen Gemeinschaften werden nämlich nicht einfach durch das Wachstum des Brutto-Sozial-Produkts verbessert, sondern nur durch ein Wachstum, welches das Brutto-Natur-Produkt erhöht (um eine Unterscheidung des jüngst verstorbenen Anil Agarwal zu gebrauchen). Andernfalls bewirkt Wachstum das Gegenteil – Verlust an Einkommen und am Vermögen, Lebensunterhalt über direkten Naturzugang zu sichern. Nicht das Geldwachstum als solches ist daher wichtig, sondern seine Qualität: zentral wirtschaftliche Aktivitäten, die so strukturiert sind, dass sie sowohl zur Erhaltung der Ökosysteme wie dem Zusammenhalt der Gemeinschaften beitragen. Ein Wirtschaftswachstum um seiner selbst willen führt leicht in eine Sackgasse, wenn nicht erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft, Wasserschutz, Bio-Unternehmen und der sorgliche Umgang mit Boden, Wäldern und Feuchtgebieten im Mittelpunkt stehen. Zerstörte Natur verschlimmert die Notlage der Armen, aber prosperierende Ökosysteme vermindern ihre Verwundbarkeit. Ökologie ist deshalb ein Kernstück für jegliche Politik, welche die Exis-

tenzsicherung der Armen im Auge hat.

Biologische Vielfalt und Existenzsicherung

Landwirtschaft ist eine Lebensart. Überall auf der Welt trachten ländliche Gemeinschaften danach, ein nachhaltiges und sinnerfülltes Leben führen. Sie wollen überleben, ihren Lebensunterhalt sichern, aber auch Feste feiern und sich an der Natur freuen. Das Leben dieser Gemeinschaften ist durch die Flora und Fauna ihrer Umgebung geprägt. So spiegeln Nahrungsgewohnheiten und Hausbau, Kleidung und Musikinstrumente, Tagesrhythmen und Riten etwas von den Pflanzen- und Tiergesellschaften, in deren Mitte sie leben. Während die Erhaltung der Artenvielfalt in Verträgen wie der Konvention über biologische Vielfalt zu einem offiziellen Ziel internationaler Politik erhoben worden ist, blieb es oft außerhalb der Aufmerksamkeit, welche Rolle die Artenvielfalt im produktiven und kulturellen Leben von Dörfern auf dem Lande und an der Küste spielt. Da diese Gemeinschaften schon immer – und immer noch – von ihrer spezifischen biologisch vielfältigen Umgebung abhängig waren und sind, wurde die Notwendigkeit des Schutzes oft integraler Bestandteil ihrer Kultur und ihrer täglichen Gewohnheiten.

Lebensunterhalt und Artenvielfalt

Es kann keine Ernährungssicherheit ohne Sicherheit der Bauern und Landwirte geben. Deren Lebensgrundlagen wiederum sind umso stabiler, je besser die Artenvielfalt gedeiht. Überall auf der Welt, wo Nahrungsmittel lokal angebaut werden, haben sich bäuerlichen Gemeinschaften, insbesondere die Frauen, um den Erhalt der Artenvielfalt und die Verbesserung der genetischen Ressourcen gekümmert. Die meisten Armen besitzen kein Land, sondern sind zum Überleben auf die Ressourcen in Gemeinschaftseigentum angewiesen – auf Wälder, Wasserläufe oder sogar Straßenränder, die den Kommunen oder dem Staat gehören. In einer 1991 in Indien durchgeführten Studie wurde herausgefunden, dass 80% des von den Armen verwendeten Heizmaterials und Tierfutters von solchem Land kommt. Auch 20 % ihres Einkommens geht auf solche Quellen zurück. In Afrika gewinnen ländliche Haushalte 35 % ihres Energiebedarfs aus Feuerholz – das meist im Unterholz und auf Gemeinschaftsland gesammelt wird. Freier Zugang zu Grasland, Bäumen und Wasserläufen ist für das Auskommen dieser Haushalte lebensnotwendig. Jeder Abbau dieser Ökosysteme, sei es durch Verschmutzung, Überweidung oder Abholzung, vergrößert unweigerlich die tägliche Arbeitslast, ja kann sogar tödlich für eine Gemeinschaft sein.

In diesem Kontext ist es besonders wichtig, dass der Lebensunterhalt vieler ländlicher Familien nicht nur von den angebauten Feldfrüchten abhängt, sondern auch von Nahrungsmitteln, die wild wachsen. In den ländlichen Gegenden Asiens und Afrikas beispielsweise sieht man in den frühen Morgenstunden oft Menschen, die um ihr Haus herum Blätter und Pflanzen sammeln, kleine Fische fangen oder Früchte von den Sträuchern holen. Sie suchen auch an Straßenalleen, am Rand von Reisfeldern, an Teichen, bei Kanälen und auf anderem Gemeinschaftsland.

Eine Monokultur-Mentalität, wie sie meist in der industriellen Landwirtschaft vorkommt, hat oft keinen Blick für die Wechselbeziehungen zwischen Menschen, Pflanzen und Tieren. Agrarwissenschaftler, die nichts anderes im Sinn haben, als den Ertrag einer bestimmten Feldfrucht zu optimieren, übersehen meist die Bedeutung, welche einer Vielfalt an angebauten und nicht angebauten Pflanzen für den unmittelbaren Lebensunterhalt zukommt. Dies ist einer der Gründe, warum größere Erträge aus Monokulturen nicht notwendigerweise mehr Nahrung für Bauern bedeuten. Unter Umständen bedeuten sie sogar weniger Nahrung, weil die subsidiären Pflanzen ausgemerzt wurden – Kollateralschäden der Monokultur. Außerdem bleiben die Nebenwirkungen der chemischen Landwirtschaft nicht ohne Einfluss auf die Vielfalt von Feldfrüchten und Tieren. Wenn Land und Wasser verschmutzt sind, werden sie Nahrungssammlern, gleich ob Mensch oder Tier, zu Gift. Immer wieder passiert es, dass Wasserquellen, Fischbestände oder Vegetation durch chemische Rückstände verschmutzt werden. Die Behauptung, moderne Landwirtschaft produziere mehr Nahrungsmittel, ist deshalb irreführend, weil sie auf der Kalkulation von Monokulturernten basiert. Denn gewöhnlich – etwa bei der Kalkulation von Reisernten – werden systematisch alle negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit anderer Pflanzen und Tiere, kultiviert oder nicht, unberücksichtigt gelassen.

Boden und Wasser als Lebens-Mittel

Bodendegradation ist genauso wie der begrenzte Zugang zu Land ein Schlüsselfaktor ländlicher Armut. Wenn die Bodenfruchtbarkeit abnimmt, sinkt auch die landwirtschaftliche Produktivität, was oft wiederum im Gegenzug durch teuren Kunstdünger kompensiert werden muss. Häufig hängt abnehmende Fruchtbarkeit mit Wassermangel zusammen, der zur Übersalzung und Erosion des Bodens führt. Aus diesen Gründen werden durch die Verschlechterung der Land- und Wasserressourcen auch die Lebensgrundlagen von Kleinbauern unter-

höhlt. Sie sind dann leicht gefangen in einer Abwärtsspirale, die von abnehmender landwirtschaftlicher Produktivität ausgeht und über den Verlust der Lebensgrundlagen bei der Flucht aus den Dörfern endet. Das wachsende Phänomen von Umweltflüchtlingen ist oft eng verbunden mit der Verschlechterung des Bodens. In Westafrika, zum Beispiel, stammten Kinder, die auf Grund von Mangelernährung Wachstumsstörungen aufwiesen, meist aus Gebieten, in denen es starke Bodenerosion gab. Es wird geschätzt, dass bis zu einer Milliarde Menschen von Bodendegradation durch Entwaldung, Überweidung und Ackerbau betroffen sind. Jeder Versuch, dem ländlichen Elend entgegenzuwirken und Lebensunterhalt zu sichern, muss sich deshalb auf die Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit und der Wasserressourcen konzentrieren.

Inzwischen werden an vielen Orten Anbauweisen wie Mischkultur, Tierhaltung, Terrassenanbau und Aufforstung strategisch eingesetzt, um die Bodenerosion aufzuhalten und die Ertragskraft des Landes wiederherzustellen. Mit geringem finanziellem Aufwand werden unterschiedliche Formen ökologischer Landwirtschaft praktiziert, nicht nur, weil sie billiger sind, sondern weil sie den Boden konservieren – der zusammen mit Wasser die Grundlage allen Lebens bildet. Eine ganze Anzahl dieser Initiativen gründet allerdings keineswegs auf einem „Produktions-“ Paradigma, das den Anbau von Feldfrüchten optimieren möchte, um wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen. Vielmehr geht es darum, dass ganze Gemeinschaften alles daran setzen, ihre ökologischen „Beziehungen“ und auch ihre spirituelle Verbindung zu Pflanzen, Wasser und Tieren, denen sie Nahrung und Lebensunterhalt verdanken, zu erhalten und immer wieder zu erneuern. Solche Gemeinschaften haben kein Interesse daran, mit städtischen Zentren um mehr Autos, Kühlschränke oder Hochhäuser zu konkurrieren. Sie beziehen ihre Würde daraus, dass sie eine stabile Lebensgrundlage haben und in guten Beziehungen mit ihren Mitgeschöpfen in Gemeinschaft und Natur leben.

Wasser durch ökologische Restaurierung

Wasser ist ein lebensnotwendiges Element, nicht nur für Pflanzen und Tiere, sondern auch als Nahrungsmittel für Menschen. Und doch gibt es an vielen Orten Wassermangel. In vielen ländlichen Gebieten sinkt der Wasserspiegel, sind Quellen verschmutzt und wird immer weniger Abwasser zur Wiederverwendung aufgefangen. Wenn für Industrie und Bewässerungsanlagen konkurrierende Wasseransprüche geltend gemacht werden, machen die Mächtigeren das Rennen, während die weni-

ger Mächtigen durstig bleiben. Außerdem hat man althergebrachte Technologien wie Wassertanks oder Kanäle aufgegeben und gemeinschaftliche Wasseranlagen verfallen lassen. Mehr Angebot an Wasser durch Kapazitätserweiterung vergrößert eher den Bedarf, als dass es ihn befriedigt. Deshalb gehört der sparsame Umgang mit Wasser und die Wiederherstellung von Weiden, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wäldern zur Wiedergewinnung von Wasser heute weltweit zu den Prioritäten einer Politik der Existenzsicherung. Dabei gibt inzwischen unzählige Initiativen zum sparsamen Umgang mit Wasser. Sie reichen von der Wiederentdeckung von Wassersammeltechniken bis hin zu kleinen Staudämmen und umfassenden Wasserverteilungsprogrammen. Bemühungen um eine erhöhte Wassergewinnung setzen jedoch die langwierige Regenerierung von Lebenssystemen, durch die der Wasserkreislauf fließen kann, voraus. Gesunde Weiden, Farm- und Feuchtgebiete sowie Wälder sind die beste Absicherung gegen Wassermangel. Um die Wasserversorgung zu sichern, ist somit oft eine Restauration von Ökosystemen unverzichtbar. Denn anders kann eines der grundlegendsten Existenzrechte – das Recht auf Wasser – nicht gewährleistet werden.

Bedrohung der Existenzrechte durch industrielle Landwirtschaft

Industrielle Landwirtschaft versucht, eine homogene Umwelt zu schaffen, ohne die besondere Natur der bereits bestehenden Ökosysteme zu berücksichtigen. Deshalb wird viel mit Bewässerung gearbeitet - und dadurch im übrigen ein expansionsfähiger Markt für Pumpen und Bewässerungszubehör sowie für den Abschluss von Verträgen zum Bau von Staudämmen und Bewässerungs- und Drainagekanälen geschaffen. Auf diese Weise werden die uralten, mit Bewässerung verbundenen Probleme, dass nämlich Wasser meist von den Schwächeren zu den Mächtigeren umgeleitet wurde, geographisch ausgeweitet. Außerdem wird die Viehhaltung vom Getreide- oder Feldfruchtanbau getrennt, weil auf riesigen Flächen Monokulturen angebaut werden, was unweigerlich zur Störung des Ökosystems führen muss. Pflanzen sind dadurch anfälliger für Krankheiten und Schädlinge. Ein Indikator für solche Störungen ist die regelmäßige und immer schneller zu beobachtende Ausrottung vielfältiger Feldfruchtarten, was mit der wachsenden Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und Schädlingen in Verbindung steht. Von dem dadurch entstehenden Defizit profitieren dann ihrerseits Chemiekonzerne, die Pestizide und Pflanzenschutzmittel herstellen, weil es in

Nachfrage nach ihren Produkten überführt werden kann.

Während der grünen Revolution, zum Beispiel, wurde fruchtbares Land mit Chemikalien und Giften, einschließlich Insektiziden, Fungiziden und Herbiziden überschwemmt, deren giftige Rückstände daraufhin in die Umwelt, in die Erdoberfläche wie ins Grundwasser gelangten. Die Züchter von Saatgut wie die Hersteller und Lieferanten von Agrochemikalien sind in zunehmenden Maße dieselben transnationalen Konzerne aus dem Norden. Die Zusammenlegung beider Bereiche erleichtert die Züchtung von Arten, die auf Agrochemikalien angewiesen sind. Um die Konzerne hernach in die Lage zu versetzen, den Landwirten vorzuschreiben, wie sie Saatgut und Agrochemikalien einzusetzen haben, wird beides patentiert. Gemeinschaften, die ihr eigenes Saatgut züchten und zur Stärkung und Erweiterung der Vielfalt

beitragen, werden dadurch an den Rand gedrängt, obwohl sie die Menschheit bereichern mit den verschiedenen Feldfruchtarten und ihren tausendfachen Ausprägungen in jeder einzelnen Pflanze, sowie den ökologischen Methoden, bei denen eine Vielfalt von Pflanzen zur Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen eingesetzt wird. So wirkt sich Globalisierung oft auf die Landwirtschaft bäuerlicher Gemeinschaften aus. Deshalb ist man gut beraten, die vor Ort kultivierten, nachhaltigen Praktiken der Landnutzung wiederzubeleben und weiterzuentwickeln.

Auszug aus:

„Das Jo'burg Memo. Ökologie – die neue Farbe der Gerechtigkeit“, Berlin: Heinrich Böll Stiftung (www.joburgmemo.org).

Wolfgang Sachs war Koordinator der Autorengruppe.

Welternährung und sozial (un)gerechte Weltwirtschaftsordnung

Anja Laabs

Die Weltbevölkerung wird laut Schätzungen der FAO bis zum Jahre 2030 auf 8,3 Mrd. Menschen angewachsen sein. Seit Jahrzehnten beschäftigt die Frage, wie die stets wachsende Bevölkerung ernährt werden kann. Heute leben rund 6 Mrd. Menschen auf der Erde, von denen 840 Mio. bis 1 Mrd. hungern. Dabei ist die Ursache nicht der Mangel an Lebensmitteln, sondern ihre Verteilung. Armut ist eine der wichtigsten Ursachen für Unter- und Fehlernährung sowohl in den Entwicklungs- als auch in den Industrieländern.

Die Ursache des Hungers in der Überbevölkerung zu suchen, hat – insbesondere im angelsächsischen Raum – eine lange Tradition. Erst seit einigen Jahren gewinnt die Einsicht Oberhand, dass Hunger nur in seltenen Fällen primär auf einen direkten Nahrungsmangel zurückzuführen ist. Wenngleich die begrenzten ökologischen Ressourcen für die Produktion von Nahrungsmitteln bekannt sind und die (nachhaltige) Expansion der bearbeiteten landwirtschaftlichen Flächen ein notwendiges Element der Ernährungssicherung für die wachsende Bevölkerung darstellen wird, so bleibt doch die Frage, warum unter dem Gesichtspunkt der weltweiten Nahrungsmittelüberproduktion - und somit zahlenmäßig ausreichend vorhandenen Nahrungsmittel - so viele Menschen unter- bzw. mangelernährt sind.

Erstmals wurde in den 80iger Jahren das Problem der Ernährungsunsicherheit und der Hungersnöte nicht auf einen Mangel an Nahrung, sondern auf das Versagen von Märkten zurückgeführt. Amartya Sen als wichtigster Vertreter dieser Auffassung ging davon aus, dass die "mangelnde(n) Absicherung von Zugangs- bzw. Verfügungsrechten"¹ zu einer gestörten Nahrungsverteilung führen. Wenngleich auch in den Industrieländern die Sicherung der Ernährung nicht mehr für die ganze Bevölkerung gewährleistet werden kann und dort inzwischen Millionen Menschen hungern (in den USA allein 4-7 Mio.) konzentriert sich die Hungerproblematik doch auf die Entwicklungsländer bzw. auf die sogenannten Least Development Countries (LDC). Die United Nations (UN) zählen 49 Länder zu den LDCs. In diese Kategorie gehören neben vielen Netto-Lebensmittel-Import- (NFIDC²) auch viele Niedrig-Einkommen-Lebensmittel-Defizit-Länder (LIFDC³). Neben dem Kriterium des Bruttonationalproduktes wird bei letzteren auch der Umfang der Lebensmittelimporte bzw. das Verhältnis der Exporte zu den Importen zur Beurteilung herangezogen. Von insgesamt 148 Entwicklungsländern gehören 105 zu den Netto-Lebensmittel importierenden und 43 zu den Netto-Lebensmittel exportierenden Ländern, wobei 15 von ihnen zur Kategorie der LIFDC

¹ Agrarwirtschaft. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Marktforschung und Agrarpolitik, Sonderheft 176, Verlag Agri-Media, Berlin 2000

² Net Food Importing Developing Countries

³ Low-Income Food-Deficit Countries

gehören. Die meisten Entwicklungsländer importieren mehr Lebensmittel als sie vergleichsweise exportieren können und sind auf diese Importe zur Ernährung der Bevölkerung angewiesen. Andererseits ist es auch eine Tatsache, dass mehr als die Hälfte der LIFDC Länder sind, die, obwohl die eigene Bevölkerung nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt wird/werden kann, Nettoexporte von Agrarprodukten durchführen. Von diesen LIFDC sind 19 % Netto-Lebensmittel-Exporteure und 22 der Netto-Lebensmittel-Importeure gehören zu dem Netto-Landwirtschaftsprodukt-Exporteuren. Dies zeigt, dass der Nahrungsmangel nur scheinbar eine Folge des Nahrungsmittel Mangels ist.

Armut gilt als Hauptverursacher des Hungers. Der Armutsbegriff basiert auf einer einfachen Definition, wonach Armut die Unfähigkeit ist, einen minimalen adäquaten Lebensstandard zu erreichen bzw. zu erhalten.⁴ Gerade in Ländern mit einem sehr niedrigen Einkommen, wie in den LIFDC, führt Armut als Ergebnis eines rechtlichen, politischen, ökonomischen und/oder sozialen Defizits zu kritischen Ernährungssituationen.

Die Liberalisierung des internationalen Marktes, also die Öffnung der nationalen Grenzen für Güter aus anderen Nationen, wurde auch unter dem Gesichtspunkt der Ernährungssicherung vorangetrieben. Ausschlaggebend dafür ist die Erkenntnis, dass Armut die Hauptursache des Nahrungsmittel Mangels ist. So war und ist es ein wichtiges Argument der OECD Staaten, die Ländergrenzen für die Förderung der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung in den „Dritte-Welt“-Ländern und in den Transformations- bzw. Schwellenländern zu öffnen um damit einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Dies jedoch unter dem ungenannten Vorbehalt, die bis dahin gepflegten neokolonialistischen Strukturen aufrecht zu erhalten und diesen Öffnungsprozess nur unter bestimmten Bedingungen auch für die Industrieländer verbindlich zu machen. Entsprechende Abkommen kennzeichnen die Struktur der Welthandelsorganisation. Repräsentativ für den Bedingungskorb der Industrieländer ist der Zuckermarkt. Zucker ist ein klassisches Kolonialprodukt. Die Zuckerproduktion begann im 16. Jahrhundert in Brasilien und in der Karibik unter den spanischen und portugiesischen Kolonisatoren. Mit der Einführung der Zuckerproduktion in Europa konnte man sich von den lateinamerikanischen aber auch afrikanischen und karibischen Exportmärkten unabhängig machen. Wenngleich der EU-Zuckermarkt

nicht WTO-konform ist, so soll er doch bis zum Jahre 2006 weitestgehend abgeschottet bleiben, um die eigene stark subventionierte Zuckerproduktion zu schützen. Dies zeigt zumindest eine gewisse Willkür in der Umsetzung der WTO Regeln.

Die Idee des freien Welthandels soll durch restriktive Zollregelungen umgesetzt werden. In den WTO-Abkommen wird für die Zulässigkeitsbeurteilung von Zöllen- oder anderen nichttarifären Handelsbeschränkungen das Schema der roten, blauen und grünen Box verwendet. Demnach sind Zölle entsprechend der Interpretation der roten Box verboten und der blauen Box bedingt möglich. Subventionen der blauen Box werden als partiell entkoppelte Subventionen bezeichnet. Vollständig entkoppelte Subventionen gehören in die grüne Box und sind nach den WTO Regeln ein legales Instrument. Wenngleich den Entwicklungsländern eine Vorzugsbehandlung beim Außenschutz zugestanden wurde, sie also ihre Zölle bis 2004 im Durchschnitt nur um 24 % reduzieren sollen, so müssen sie doch gleichzeitig einen Marktzugang von wenigstens 3 % - gemessen am inländischen Verbrauch - zusichern. Dieser Wert ist im Vergleich mit den Industrieländern niedriger. Dennoch besteht ein wesentliches Problem z.B. darin, dass der größte Teil der landwirtschaftlichen Produktion auf Subsistenzwirtschaft beruht und deshalb nicht im eigentlichen Sinne gehandelt wird. Auf diese Weise wird die Mindestimportmenge an einer unrealistischen Produktvermarktung gemessen und macht deshalb mehr als 3 % aus. Im Vergleich mit anderen Handelsregionen hat der afrikanische Kontinent durch die sich immer mehr verschlechternden Produkt-Preis-Verhältnisse in den letzten Jahren die meisten Anteile am Markt verloren. Innerhalb von zehn Jahren nach Abschluss der Uruguay-Runde sind 66 Staaten durch die Marktöffnung noch ärmer geworden, als es ohnehin schon die meisten von ihnen waren. Zudem haben sie mit einer zunehmenden Deindustrialisierung zu kämpfen.⁵ Dadurch wird der Verarmungsprozess gefördert und in dessen Folge wächst die Ernährungsunsicherheit für immer größere Teile der Bevölkerung. Unverhältnismäßig tiefe Weltmarktpreise, die auf die Dumpingmechanismen der exportierenden Industrieländer zurückzuführen sind, müssen zur Sicherung der Nahrungssouveränität in Ländern mit Nahrungsmittelknappheit durch Schutzmassnahmen bekämpft werden. In erster Linie gehört dazu auch die Aufrechterhaltung der nationalen Autonomie.

⁴ United Nations Conference on Trade and Development, The Least Developed Countries Report 2002, Prepared by the UNCTAD Secretariat, Genf

⁵ Frankfurter Rundschau online 2003, Interview mit Ernst Ulrich von Weizsäcker, <http://www.fr-aktuell.de>

Die im September diesen Jahres im mexikanischen Cancun stattgefundene Welthandelskonferenz scheiterte, weil sie in den entscheidenden zwei Punkten die Reduktion der Agrarsubventionen in den Industrieländern und die Öffnung ihrer Märkte für den Süden keine Einigung erzielen konnte. Die Forderung nach Reduktion bzw. Abschaffung der Subventionen wurde unter anderem von 23 Schwellen- und Entwicklungsländern eingebracht. Bereits im Vorfeld der Konferenz kündigten afrikanischen Baumwollproduzenten ihren Protest an, weil sie sich von den europäischen aber auch amerikanischen Baumwollproduzenten in ihrer Existenz gefährdet sehen. Die Hälfte der Devisen erwirtschaftet Mali mit Baumwolle. In Burkina Faso sind es 60% und in Benin sogar 75%.

Der liberalisierte Welthandel hat nicht zur Senkung der Armut geführt und ist deshalb kein Mittel zur Bekämpfung des Hungers. Der ein-

seitige Schutz der Märkte des Nordens vor Exporten aus dem Süden und die zu Marktverzerrungen führenden Subventionen der Landwirtschaft in den Industrieländern führen zur Zerstörung der einheimischen Märkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Forderung nach Senkung bzw. Abschaffung der Subventionen und die uneingeschränkte Öffnung der Märkte des Nordens würden jedoch nicht zur viel propagierten Gleichberechtigung im internationalen Handel führen. Ohne die Aufrechterhaltung der nationalen Autonomie zum Schutz der eigenen Produktion und ohne internationale Vereinbarungen, die ein bedarfsgerechtes Import- und Exportgeschäft unter Angleichung der sozialen Standards und umweltgerechten Produktionsmethoden an das höchste Niveau in den Industrieländern voraussetzen, ist ein gerechter Welthandel, der zur Bekämpfung des Hungers führt, nicht möglich.

Land- und Agrarreformen als Mittel der Hunger- und Armutsbekämpfung: Das Beispiel Brasilien

Jan Schikora

1,2 Milliarden Menschen leben nach Schätzungen der Vereinten Nationen weltweit in extremer Armut. 842 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt, rund 24000 Menschen sterben täglich an den Folgen von Hunger. Und dies, obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO nachgewiesen hat, dass faktisch genug Nahrung für die gesamte Weltbevölkerung vorhanden wäre. Damit wird deutlich, dass es sich bei der Hungerproblematik keineswegs – wie in den sechziger Jahren die Befürworter der Grünen Revolution und die heutigen Apologeten der Bio- und Gentechnologie suggerierten und suggerieren – um ein Problem von zu wenig Nahrung handelt, sondern in erster Linie um eine Folge struktureller Zugangs- und Verteilungsungleichheiten. Die vorhandene Nahrung ist schlichtweg ungerecht verteilt und dies in dreierlei Hinsicht: - zwischen verschiedenen Ländern: 95 % der Hungernden leben in Ländern der sog. Dritten Welt; - innerhalb von Ländern: 70 % der hungernden Kinder leben in Ländern mit Nahrungsmittelüberschuss und - zwischen Stadt und Land: 70 % der Hungernden leben auf dem Land.

Auf dem Welternährungsgipfel in Rom hat die Weltgemeinschaft 1996 in der Abschlusserklärung das hehre Ziel ausgegeben, "bis 2015 die Zahl der in extremer Armut lebenden Bevölke-

rung und der Hungernden um die Hälfte [zu] reduzieren." In kaum einer Abschlusserklärung einer internationalen Konferenz der Folgejahre wurde darauf verzichtet, diese Ziele zu bestätigen. Auch für die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen im Jahre 2000 bildeten sie die rhetorische Grundlage.

Die Verpflichtung, den Hunger zu bekämpfen, lässt sich ebenso aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (kurz: WSK-Pakt) ableiten. So heißt es dort in Art. 11:

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf stetige Verbesserung der Lebensbedingungen.

[...] In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege der internationalen Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen...“

...und weiter in Art. 2 (1) des WSK-Paktes:

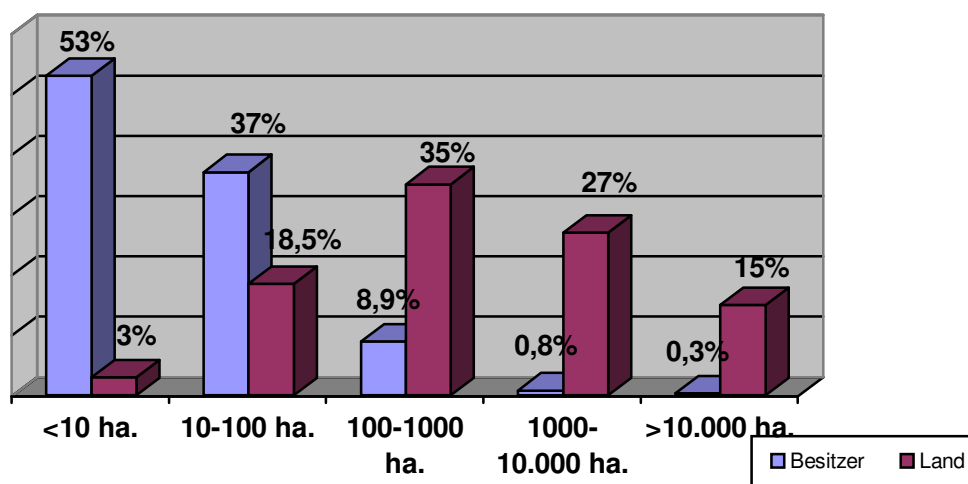
„Unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten“ *Maßnahmen zu treffen, um „fortschreitend [...] die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.“*

Waren bislang die Verpflichtungen umstritten, die sich rechtlich für die Unterzeichnerstaaten aus dem WSK-Pakt ergeben, so wurden mit

der Erstellung des *General Comment No. 12* im Auftrag der VN-Menschenrechtskommission in Genf und der aktuellen Debatte um freiwillige Richtlinien zum Recht auf Nahrung große Fortschritte erzielt. Demnach bedeutet das Recht auf Nahrung in erster Linie das Recht auf Zugang zu den produktiven Ressourcen (Land, Wasser, Saatgut), die notwendig sind, um sich selber zu ernähren. Allen Menschen zu diesem Recht zu verhelfen, ist eine menschenrechtliche Verpflichtung aller Staaten, die den WSK-Pakt ratifiziert haben.

Indes wächst in der Welt die Zahl der Hungernden, statt sich zu verringern. Bei der Suche nach Ursachen wird man unumgänglich auf unsere Ausgangsthese stoßen, wonach Hunger primär eine Folge ungerechter Ressourcenverteilung bzw. beschränkter Zugangsrechte zu Ressourcen ist. Betrachtet man exemplarisch die Situation Brasiliens, das sich hinter den USA zum zweitgrößten Agrarexpor-

teur weltweit mausert, andererseits jedoch nach verschiedenen Schätzungen 22-44 Millionen hungernde Menschen v. a. in ländlichen Regionen zählt, so trifft man bei der Suche nach Gründen für dieses Phänomen unweigerlich auf die erschreckend ungerechte Verteilung von Land. Die Eigentumsverhältnisse auf dem Lande wurden seit der brasilianischen Kaiserzeit nie wirklich reformiert. Schlimmer noch, der politische Wille hierzu war niemals ernsthaft vorhanden. Ganz im Gegenteil kam die Zementierung der Eigentumsverhältnisse den Großgrundbesitzern – die zugleich traditionell auch die politischen Eliten des Landes zu einem wesentlichen Teil stellen – nach der Abschaffung der Sklaverei 1888 auf ihrer Suche nach billigen Arbeitsplätzen sehr entgegen. Als Folge hat der typisch brasilianische Großgrundbesitz, das Latifundium, bis heute überdauert.



Verteilung der agrarischen Nutzfläche in Brasilien (Quelle: INCRA - Atlas Fundiário Brasileiro, 1996)

Nach einer Veröffentlichung des Nationalen Instituts für Kolonisierung und die Agrarreform INCRA aus dem Jahre 1996 verfügen 1,1 % der Landbesitzer über 42 % der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, wohingegen 53 % der Landbesitzer nur über 3 % der Fläche verfügen. In absoluten Zahlen heißt dies, dass einigen Tausend Großgrundbesitzern 4-5 Mio. kleiner u. mittlerer Familien- und Pachtbetriebe und rund 4,5 Mio. landlose Familien gegenüberstehen. Als direkte Folge dieser extrem ungerechten Landverteilung werden 166 Millionen Hektar, also nahezu die Hälfte der Nutzfläche, nicht produktiv genutzt. Seit 1996 hat sich die Landkonzentration eher verstärkt als verringert. Als Ursachen hierfür werden die fortschreitende Handelsliberalisierung, die enorme Auslandsverschuldung Brasiliens und die damit verbundenen, von IWF und Weltbank diktierten Struktur Anpassungspro-

gramme, aber auch die Agrarexportsubventionen der OECD-Länder angeführt. Das Zusammenwirken dieser Faktoren bewirkte in Brasilien eine einseitige Förderung des exportorientierten Agrobusiness auf Kosten kleinbäuerlicher Familienbetriebe und parallel eine Zerstörung lokaler Preise und Strukturen durch Billigimporte und Preisanstiege klassischer Exportprodukte. Kleinbauernsterben und Landflucht waren ebenso wie der Anstieg von Armut und Hunger die Folgen der neoliberal ausgerichteten Wirtschafts- und Handelspolitik der 90er Jahre.

Als erfolgversprechendes Mittel nachhaltiger Hunger- und Armutsbekämpfung wurde bereits in der brasilianischen Verfassung von 1988 die Durchführung einer Agrarreform anerkannt. Nach den Art. 184-191 kann deshalb Land, das seine "soziale Funktion nicht erfüllt", also etwa brachliegt, für die Zwecke der Agrarre-

form enteignet und an landlose Familien übertragen werden. Auch auf internationaler Ebene finden Agrarreformen übrigens zunehmend – wenngleich mit Verspätung – Rückhalt innerhalb des entwicklungspolitischen Diskurses, wie u. a. die Millenniumserklärung der VN und selbst einschlägige Papiere der Weltbank zeigen.

Agrarreformen gehen über Landreformen hinaus. Neben der Umverteilung von Grund und Boden umfassen sie weitere wichtige Komponenten wie die Kontrolle über produktive Ressourcen wie Saatgut und Wasser, Zugang zu günstigen Krediten, technischem Knowhow und angepassten Technologien ebenso wie Zugang zu lokalen und regionalen Märkten. Auch die fortschreitende Gleichberechtigung der Frauen ist wichtiges Kriterium nachhaltiger Agrarreformen, v. a. im Eigentums- und Erbrecht.

Trotz des scheinbar allgemeinen Konsenses über die Bedeutung von Agrar- und Landreformen sitzt der Teufel im Detail. Denn die Vorstellungen einer gerechten Reform variieren nicht unerheblich. Die Weltbank etwa setzt auf ein Konzept "marktgestützter Landreformen", deren Umsetzung sie während der letzten Jahre insbesondere in Brasilien, Südafrika, Kolumbien und Honduras propagierte und z. T. finanzierte.

Ausgangspunkt dieses Konzepts ist die zum Teil nicht ganz unberechtigte Kritik an klassischen Landreformen, wie deren Kostspieligkeit und Konflikträchtigkeit genauso wie die bürokratische Ineffizienz der mit ihrer Durchführung beauftragten Stellen. Insbesondere war jedoch die Verletzung des Privateigentums durch Enteignungsverfahren der Weltbank ein Dorn im Auge. Sie setzt stattdessen auf den Grundsatz "willing buyer - willing seller", d. h. nur kauf- und v. a. verkaufswillige Personen setzen sich zu direkten Verhandlungen an einen Tisch. Wird eine Einigung erzielt, vergibt eine eigens eingerichtete "Landbank" (in Brasilien die "Banco da Terra") einen Kredit an den kaufwilligen Bauern, mit dem dieser das Land erwerben kann. Den Kredit hat der Bauer danach ratenweise zurückzuzahlen. Damit, so die Weltbank, werde der Agrarreformprozess dezentralisiert und von der ineffizienten Bürokratie befreit.

Sie ignoriert dabei jedoch vollkommen, dass die ungleichen Eigentumsverhältnisse auf dem Lande durch den Grundsatz, dass nur verkaufswillige Landbesitzer ihr Land abgeben, letztlich zementiert werden, da Staat und Landlosenorganisationen jegliche Möglichkeit genommen wird, Druck auf die Großgrundbesitzer auszuüben, ihre Grundstücke für die Zwecke der Agrarreform abzugeben. Der

Großgrundbesitz und die enorme Landkonzentration bleiben so erhalten. Zudem verkennt das Weltbankmodell komplett die Ungleichheit der Verhandlungspartner – Großgrundbesitzer werden immer in der eindeutig besseren Verhandlungsposition sein. Folge sind hohe Preise für marginales Land, da fruchtbares Land mit einem großem landwirtschaftlichen Potenzial selten zum Verkauf stehen und im übrigen auch kaum bezahlbar sein wird. Hinzu kommt die Verschuldung der „Begünstigten“, die den vollen Marktpreis (oder mehr) zu zahlen haben und die sie unter einen Rentabilitätszwang setzt, der jegliche Form von Subsistenzwirtschaft von vornherein ausschließt. Eine in Brasilien durchgeführte Studie ist zu dem Schluss gelangt, dass die wenigsten Bauern sich über die Höhe von Krediten und Zinsen im Klaren sind und letztlich in den seltensten Fällen in der Lage sein werden, diese zu bedienen.

Darüber hinaus hat das Weltbankmodell in den Ländern, in denen es umgesetzt wurde, zu einer Verdrängung der bestehenden Agrarreformprogramme geführt. Teilweise wurden massive Budgetkürzungen vorgenommen. So wurde in Brasilien der Etat der für die Durchführung der Agrarreform zuständigen Behörde INCRA stetig gekürzt, von 2,2 Mrd. Reais¹ im Jahre 1998 auf 1,35 Mrd. Reais 2000 und noch weniger 2002. Hinzu kommt, dass der Etat in den seltensten Fällen ausgeschöpft wird, 2001 etwa wurden nur 83 % der bewilligten Mittel eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund verblüfft die erstaunlich positive Bilanz der zwei Regierungen von Präsident Fernando Henrique Cardoso (1994-2002) in Sachen Agrarreform: Nach offiziellen Zahlen wurden 635000 Landlosenfamilien in 8 Jahren angesiedelt – eine Zahl, die innerhalb des brasilianischen Kontextes vergeblich ihres Gleichen sucht. Sie verkennt allerdings wesentliche Zusammenhänge. So wurde die Mehrzahl der durchgeführten Ansiedlungen erst auf die Initiative und den Druck der Landlosenbewegung "Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra" (MST) durchgeführt. Beim MST handelt es sich um eine offensiv ausgerichtete, gut strukturierte Landlosenorganisation mit sehr hohem Mobilisierungspotenzial, das vornehmlich zur Besetzung von brachliegendem Land genutzt wird. Durch die Besetzungen werden die zuständigen Stellen unter Zugzwang gesetzt, das Land zu enteignen, sofern es die laut Verfassung erforderlichen Charakteristika aufweist. Darüber hinaus wurde bekannt, dass die Statistiken extrem geschönt waren, indem sie nicht etwa nur die

¹ Drei Reais entsprechen etwa einem Euro.

tatsächlich angesiedelten Familien einbezogen, sondern ebenso diejenigen, denen ein Grundstück grundsätzlich in Aussicht gestellt wurde. D. h., faktisch hinterließ die Cardoso-Regierung der Nachfolgeregierung unter Präsident Lula da Silva von der Arbeiterpartei PT eine große Zahl nicht regulierter Ansiedlungsfälle. Schließlich abstrahieren die Statistiken gänzlich von dem Umstand, dass die neoliberale Handels- und Agrarpolitik Landflucht und Landkonzentration extrem begünstigten und deshalb in dieser Zeit weit mehr kleinbäuerliche Betriebe eingingen als neue entstanden. Ungewiss bleibt der Fortgang der Agrarreform unter der Regierung Lula da Silva. Ihr Herzstück, das "Nullhunger"-Programm, mit dem Lula versprach, bis zum Ende seiner Amtszeit den Hunger in Brasilien auszurotten, wurde durchweg gelobt. Darin werden die Förderung der Agrarreform und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft als strukturelle Ansatzpunkte hervorgehoben. Konkrete Maßnahmen blieben hingegen in diesen Bereichen zunächst aus. Erst Mitte November wurde ein *Nationaler Plan für die Agrarreform* verkündet, der die Ansiedlung von 530.000 Landlosen in vier Jahren als Ziel vorgibt. Sollte dieses Ziel erreicht werden, würde es faktisch eine Verdopplung des Tempos bzw. Umfangs im Vergleich zur Vorgängerregierung bedeuten. Letztlich wird es auch entscheidend darauf ankommen, dass der progressive und ambitio-

nierte programmatische Ansatz der PT-Regierung international unterstützt wird. Hier setzt auch die Arbeit der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN an, die zusammen mit dem internationalen Kleinbauernnetzwerk La Vía Campesina (dem u.a. auch der MST angehört) die Kampagne "Brot, Land und Freiheit" durchführt. Ziel der Kampagne ist es, - am Menschenrecht auf Nahrung orientierte und nachhaltige Agrarreformen zu unterstützen und Vertreibungen von Landlosen zu verhindern, - Politik und Öffentlichkeit zu sensibilisieren und Solidarität zu mobilisieren bzw. zu vernetzen, sowie - eine Revision des Weltbankmodells zu erwirken. Dabei spielt Brasilien eine entscheidende Rolle. Denn sollte hier eine Erfolgsgeschichte der Hungerbekämpfung geschrieben werden, hätte dies eine enorme Ausstrahlung auf andere Regionen und v. a. Entwicklungskonzepte. Entscheidend für den Erfolg dieses und zukünftiger Konzepte wird vor allem sein, ob es gelingt, Agrarreformen nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten und gegen die zahlreichen Widerstände und Vorbehalte durchzusetzen.

Zusammenfassung des Vortrags

Der Autor ist Diplom-Regionalwissenschaftler Lateinamerika und Vorstandsmitglied der deutschen Sektion von FIAN.

Meinungen zum Parteitag in Chemnitz und zum neuen Parteiprogramm

Das neue Parteiprogramm aus ökologischer Sicht

Götz Brandt

Merkwürdigkeit: Das Wort sozial“ taucht im Programm 121-mal auf, das Wort „ökologisch“ 60-mal. Bemerkenswert ist das 25-malige Erscheinen der Wortverbindung „sozial und ökologisch“.

1. Behandlung der Anträge der Ökoplattform zum Entwurf des Parteiprogramms (siehe Tarantel 22)

Es wurden 7 Anträge eingereicht und begründet.

Der erste Antrag wurde teilweise berücksichtigt. Die neue Formulierung behält aber die

hohe Wertschätzung von unternehmerischem Handeln und Gewinninteressen bei. Unklar ist die neue zusätzliche Formulierung, dass "unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen", welche "auf die betriebswirtschaftliche Logik ... und das Gewinnstreben des Einzelkapitals beschränkt" sind, "sich in ihr Gegenteil verwandeln". Wie verwandelt sich Profitstreben in sein Gegenteil, solange es sich auf das Unternehmen beschränkt? Bezieht man "Voraussetzungen" jedoch auf "Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit", dann verwandeln sich diese in bezug nur auf das jeweilige Unternehmen auch nicht "in ihr Gegenteil".

"Soziales und ökologisches Wirtschaften" ist im Kapitalismus auf Betriebsebene kein Unternehmensziel. Regierung und Parlament fallen

als Kontrollorgan aus, sie sind fest in der Hand der Wirtschaft. Eine "gesellschaftliche Kontrolle" ist bisher wirkungslos geblieben und erreicht nur wenige Konsumenten. Es bleibt also im Kapitalismus bei "sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen".

Die Ökoplattform ist nach wie vor der Meinung, dass eine "Verneigung vor den Gewinninteressen heutiger Konzerne" (Tarantel 22) für eine sozialistische Partei nicht notwendig und schädlich ist.

Der zweite Antrag wurde nicht berücksichtigt. Die PDS tritt nach wie vor für Wirtschaftswachstum ein. Zwar wird eingeschränkt "im Rahmen nachhaltiger Entwicklung" und auf "neue Art des Wachstums" und "mit alternativer Produktionsweise", aber es werden nirgendwo im Programm Hinweise gegeben, wie denn ein solches Wachstum aussehen soll.

Der Ökoplattform-Vorschlag anstelle dieser Textpassage bringt noch nicht einmal die ganze Brisanz der zukünftigen globalen Rohstoff- und Umweltkrise zum Ausdruck und war nur ein Kompromissvorschlag. Die Ökoplattform sollte an Stelle der Antragsformulierung neue eindeutigere und kompromisslose Formulierungen zur Wachstumsfrage erarbeiten.

Zum dritten und vierten Antrag ist zu bemerken, dass die ursprüngliche Programmtextformulierung beibehalten wurde, ohne auf die schlüssige Begründung der Ökoplattform einzugehen oder darauf zu antworten. Im Programm stehen jetzt sogar gesetzeswidrige Forderungen. Zur Biotechnologie und Gentechnik sollte die Ökoplattform ihren Standpunkt präzisieren.

Auch Antrag fünf wurde nicht berücksichtigt und die alte Formulierung beibehalten. Es fehlt nach wie vor – wie auch an anderen Stellen – eine kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen. Die Begründung der Ökoplattform zur Änderung und Erweiterung dieser Passage sollte weiterhin vertreten werden.

Antrag sechs hat keine grundsätzliche Bedeutung und sollte theoretisch nicht weiter verfolgt werden.

Antrag sieben behandelt die Stellung der Ökologie in der Gesamtprogrammatik als "immanenten, gleichwertigen, wenn nicht vordringlichen Bestandteil" des Programms. Diese Änderungsformulierung bleibt ein Fernziel der Ökoplattform.

Insgesamt muss eingeschätzt werden, dass der Parteivorstand und die Delegierten des Parteitages inklusive Programmkommission die Bedeutung der Ökologie in der Tages- und Generationenpolitik noch nicht erkannt haben.

Ökologie bleibt "schmückendes Beiwerk" der PDS.

Unverständlich bleibt im Programm der Satz: "der ökologische Raubbau an der Natur muss gestoppt werden". Ein Raubbau ist doch immer unökologisch.

2. Welche positiven Ansatzpunkt gibt es für uns im Programm?

2.1. Wachstum

Die heilige Kuh des neoliberalen Kapitalismus, das "notwendige unverzichtbare und problem-lösende" (PDS-Programm) Wachstum der Wirtschaft wird im Programm aber auch durch verschiedene Adjektive abgeschwächt und eingeeengt:

- neue Art des Wachstums,
- Veränderung des Typs des Wachstums,
- ökologisch verantwortbares Wachstum,
 - Richtungswechsel des Wachstums,
 - ökologisch nachhaltiges Wachstum,

Auf diese Einschränkungen sollte sich die Ökoplattform konzentrieren und einen theoretischen Standpunkt erarbeiten.

2.2. Die Präambel beschwört die "Tradition der Kämpfe gegen ... ökologische Zerstörung", die die PDS hat.

Hier sollten wir erforschen, welche Traditionen in den letzten 13 Jahren entstanden sind und diese dann dem Parteivorstand präsentieren, damit er bei aktuellen Anlässen darauf Bezug nehmen kann.

2.3. „Wir greifen aktuelle und zukunftsorientierte Vorstellungen ökologischer Kapitalismuskritik auf

Hier sollten wir die Literatur der linken Grünen, die bereits vor 20 Jahren "zukunftsorientierte Vorstellungen" hatten, nutzen und auswerten und unter dem Thema: "Der Sozialismus ist eine Bewegung gegen die Ausplünderung der Natur" (Parteiprogramm) einen Workshop veranstalten.

2.4. Die PDS will die sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen für den Markt neu bestimmen.

Auch zu diesem Themenkomplex könnte in Zusammenarbeit mit der AG Landwirtschaft und AG Wirtschaft ein Workshop veranstaltet werden, inklusive des Problems der gesellschaftlichen Kontrolle. Das Parteiprogramm sagt dazu: "Ohne sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen ... zu umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen" und "profitorientierte Wachstumsinteressen stellen

die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage“.

2.5. Alternative Produktions- und Lebensweise

"Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft, die damit verbundene neue Art wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bedürfen einer alternativen Produktions- und Lebensweise.

Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit.“

Hieraus ergeben sich für uns gleich zwei Themenstellungen - alternative Produktionsweise und alternative Lebensweise, wozu Workshops organisiert werden könnten.

2.6. Überwindung und Zurückdrängung Kapitalistischer Eigentumsformen.

Hier sollten wir zusammen mit der AG Wirtschaft bekannte Vorschläge auf Realisierbarkeit prüfen. (Siehe dazu auch die Vorschläge von M. Kennedy: Zins für Kredite abschaffen, Erbschaft von großen Vermögen unterbinden, Boden nationalisieren.)

2.7. Was kann vom Staat erwartet werden?

"Die herrschende Politik ... blockiert ... ökologisch nachhaltiges Wachstum." Die Rolle des Staates bei der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung, der Schädigung der Natur und des Raubbaus bei Bodenschätzen könnte - an Hand der Politikwandelung der Grünen im Laufe der letzten 20 Jahre - herausgearbeitet und als

warnendes Beispiel für die PDS hingestellt werden.

3. Anregungen für Workshops, Flugblätter, Thesenerarbeitung, Literaturrecherchen, Tarantel-Thematik usw.

Die folgenden Vorschläge sind Programmhinweise für mehrere Jahre und in der Reihenfolge nicht gewichtet.

Sie sollen das Parteiprogramm auf ökologischem Gebiet mit Leben erfüllen, präzisieren, korrigieren und weiterentwickeln.

- Ist weiteres Wachstum notwendig und möglich?
- Bio- und Gentechnik – Segen oder Fluch?
- Das Ende des Rohstoffraubbaus und die Zukunft der Menschheit.
- Alternative Lebensweisen sofort!
- Zukünftige Lebensweise ohne Rohstoffe, Energie und Industrie.
- Was brachte und bringt eine Effizienzrevolution?
- Wie kann die soziale und ökologische Verantwortung des Eigentums realisiert werden?
- Traditionen der Kämpfe gegen die ökologische Zerstörung.
- Ökologische Kapitalismuskritik.
- Sozial-ökologische Rahmenbedingungen für den Markt.
- Alternative Produktionsweisen.
- Die Rolle des Staates und der Lobbyisten bei der Umweltzerstörung und dem Rohstoffraubbau.

PDS-Parteitag in Chemnitz: Ein trauriges Ereignis

Marko Ferst

Das der Chemnitzer Parteitag zum Programm-entscheid wenig erbaulich werden würde, zeichnete sich schon vorher ab. Unter den vielen Änderungsanträgen waren maximal 20-30 % mit Anregungen substantieller Natur versehen, davon etliche vom Geraer Dialog, aber auch aus anderen Richtungen. So gab es zum Beispiel eine alternative Passage zur Sozialpolitik. Viele Vorschläge, die im neuen Parteiprogramm die Sachaussagen hätten verbessern können, fanden bei den Delegierten kein Gehör. Das Votum der Antragskommission wirkte wie eine Abstimmungspflicht, als Orientierung, die einem das eigene Nachdenken abnimmt,

wenngleich die Fülle der Abstimmungen diesen Hang stark beförderte.

Für die Ökologie kann man folgende Schlüsse ziehen. Sie haben akzeptiert, den Hunger in der Welt mit Gentechnik zu bekämpfen, ist nicht so eine schlaue Idee und diese Aussage freiwillig kassiert. Jedoch die von uns kritisierte Passage ist ansonsten erhalten geblieben. Es ist natürlich lächerlich, ökologisches Bauen künftig mit gentechnischen Methoden zu praktizieren. Wer sich so etwas ausdenkt, muss im Tal der Ahnungslosen wohnen. Das gilt zum Beispiel für Sandra Brunner, die unter anderem diese Aussagen, aber auch sonstige gentechnische Manipulationsbereitschaft, in flammender Rede auf dem Parteitag verteidigte und damit Eva Bulling-Schröters Empfehlung,

auf die Passage zu verzichten, widersprach. Durchgekommen ist ein Antrag zum Tierschutz, der da lautet: "Wir setzen uns für einen umfassenden und wirksamen Tierschutz ein, dafür, dass der Respekt vor anderen Lebewesen gewahrt wird." Zwei weitere Einzelwörter wurden korrigiert, und das war es. Vor dem Parteitag gelangten jedoch zwei Passagen in den Entwurf, die offensichtlich durch meinen vorgeschlagenen Entwurf hereingekommen sind. So heißt es: "Die verbliebenen Reste zusammenhängender Naturräume, zum Beispiel die Antarktis, die Weltmeere und die Regenwälder, müssen völkerrechtlich bindend vor weiterer Ausplünderung geschützt werden." Und an anderer Stelle: "Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit." Das ist gewiss nicht viel, was durchgesetzt werden konnte im Verhältnis zu den Angeboten, aber es ist nicht Null. Es stehen sinnvolle Dinge im Abschnitt Umwelt, aber im Vergleich zu unseren Konkurrenten im Parteienspektrum ist das qualitativ nicht ausreichend. Der Antrag in der Einleitung des Programms, ein wenig mehr ökologische Generationengerechtigkeit durchscheinen zu lassen, verbunden damit, dass man von orthodoxer Wachstumsideologie Abschied nimmt, wurde durch Elke Breitenbach vom PDS-Parteivorstand in der Gegenrede betreut. Das die PDS im Bereich ihres Selbstverständnisses im Schlussteil keine ökologischen Aussagen duldet, wurde durch Stefan Hartmann auf dem Parteitag deutlich gemacht. Die Ökologiepassage wie auch alle anderen Anträge zur Verbesserung des Abschnittes Umwelt befand Benjamin Hoff für unwürdig.

Es ist auch ganz klar, egal welche Anträge von uns oder anderen gestellt worden wären zur Ökologie: So leicht wie es in Gera war, einen fundierten Antrag zum Hochwasserschutz und zur ökologischen Wende zu beschließen, so schwer war es in Chemnitz, auf analoger Strecke etwas zu bewegen, auch wenn bei drei, vier Anträgen gar nicht wenig Delegierte abweichend vom vorgegebenen Votum stimmten. In einem Fall hätte man sogar Auszählung verlangen sollen, so einige unserer Mitstreiter. Was gut gelungen ist, dass wir die Verteidi-

gung der Anträge durch ganz verschiedene AkteurInnen bewerkstelligten. Ein Teil der Anträge wurde von der Antragskommission durchgelassen zur Abstimmung, für den Rest waren 35 Unterschriften nötig, die durch gute Kooperation mit den verschiedenen Gruppen und etlichen Delegierten aus den westlichen Landesverbänden organisiert werden konnten. Ein Dank an die GenossInnen. Auf Grund dessen, dass fast alles, was an alternativen Vorstellungen von den verschiedenen Akteuren an eben auch sinnvollen Anträgen eingebracht wurde, weggestimmt worden war, haben Petra Beck und ich mich nach vorheriger Absprache entschieden, gegen das Programm zu stimmen. Für mich war der Entscheid vor dem Parteitag offen. Heinz Preuß stimmte für den Entwurf, so dass insgesamt die Plattform nicht völlig gegen das Programm votiert hat.

Diesmal war es auch möglich für mich, in einem kurzen Redebeitrag zu sprechen. Ich verdeutlichte, so wie zu früheren Zeiten der Bergmann spezielle Vögel in den Schacht mitnahm, um rechtzeitig vor Gefahren unter Tage bei der Luftzusammensetzung gewarnt zu sein, so gäbe es auch auf der Erde Frühwarnsysteme, die uns auf bevorstehende Klimakatastrophen aufmerksam machen. Indikatoren sind zum Beispiel ökologische Zusammenbrüche von Moorlandschaften in den Permafrostgebieten Rußlands, das umfassende Abtauen von Gebirgsgletschern und das Absterben der Korallenriffe durch zu stark erwärmtes Ozeanwasser. Angesprochen wurde von mir, dass insbesondere die Grünen sehr viel bessere programmatische Aussagen zur Umwelt in ihrem Programm von 2002 bereithalten und dass dies wohl auch in eingeschränkterem Maße für die SPD-Aussagen gelte. Durch die vorliegenden Anträge zur Ökologie könne diese Kluft teilweise geschlossen werden. Geprüft werden müsse auch das Erscheinungsbild der Politik der PDS. So könnte das Moorschutzprogramm in Mecklenburg-Vorpommern beispielgebend für andere Bundesländer sein und mit analogem Anspruch sollte generell versucht werden, PDS-Politik zu konzipieren. In Berlin ist das für jeden sichtbar sehr gründlich misslungen, und man kann nur noch den Ausstieg aus der Koalition empfehlen.

Ökologie und das Programm der PDS

Manfred Wolf

Starke Formulierungen sind im neuen Programm schon enthalten. So ist von radikaler Ökologisierung der Gesellschaft, vom neuen

sozial-ökologischen Entwicklungspfad, vom sozial-ökologisch bestimmten staatlichen Rahmen, der die Wirtschaft nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen lenken soll, die Rede und das alles noch außerhalb des der Umweltpolitik gewidmeten Abschnitts.

Dennoch ist es kein Programm des radikalen ökologischen Umbaus geworden und das konnte es wohl auch nicht. Dazu sind die Verhältnisse nicht so und auch nicht die Verfasstheit der PDS. Ihr Programm, das sie sich in Chemnitz gegeben hat, geht von den heutigen Verhältnissen in Deutschland aus, deren grundlegender Wandel in absehbarer Zeit nicht möglich scheint, und will diese Verhältnisse mittels der durch sie gegebenen Möglichkeiten beeinflussen. Die beste Möglichkeit scheint sie im "Mitgestalten" - sprich Mitregieren - zu sehen, bei offensichtlichem Nichtwahrhabenwollen, dass der Haupterfolg dieses "Mitgestaltens" im Gesichts- und Wählerverlust liegt und ihre Hauptverantwortung in diesem System in der Opposition läge. Auch und gerade dann, wenn sie aus Wahlen gestärkt hervor geht.

Diese Position ist dann auch die Basis für die Hauptinhalte des Programms. Sie bewirkt, dass es so ist wie es ist und nicht anders. Kritiker müssen ergo berücksichtigen, was die PDS auf der Grundlage dieser Verfasstheit kann und was sie nicht kann.

Im Rahmen der aufgezeigten Grenzen kann man jedenfalls auch diesem Programm bescheinigen, gängige ökologische Wertungen getroffen und Forderungen aufgemacht zu haben. Forderungen nach einer Wende in der Energie- und Verkehrspolitik, damit verbundene erhebliche Senkung von Emissionen, nach Senkung des Ressourcenverbrauchs, nach Stärkung des ökologischen Land- und Waldbaus und von regionalen Wirtschaftskreisläufen bis zur Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung wären als Beispiele zu nennen. Sie gäben hinlänglich Möglichkeit für folgerichtige ökologische Politik, wenn sie denn bei allen anstehenden politischen Entscheidungen, egal ob beim "Mitgestalten" oder in der Opposition, Pate stünden. Die Ökologische Plattform muss ihre Aufgabe darin sehen, die richtigen ökologischen Positionen des Programms zu nutzen und die PDS in einer ihnen gerecht werdenden Politik zu unterstützen.

An ein Programm des radikalen ökologischen Umbaus müssten hingegen höhere Ansprüche gestellt werden. Einerseits müsste es Entwicklungsrichtungen aufzeigen, anbahnen und einleiten und sich dafür einsetzen, dass sich die gesamte Produktions- und Lebensweise auf ständig abnehmende Naturbelastung ausrichtet. Diesem Teil des Anspruches wird das Programm z. T. gerecht. Andererseits müssten

aber auch alle diesem Ziel entgegenstehenden Pläne, Absichtserklärungen und Forderungen eliminiert sein. Es müsste also im Sinne konsequenter ökologischer Politik alles "aus einem Guss" ein. Das ist es leider nicht, sondern in eben diesem Sinne widersprüchlich, wie andere Parteiprogramme auch.

Der Hauptwiderspruch besteht in der Illusion über die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums in dieser Gesellschaft. Dazu drei Sätze aus dem Teil I. "Sozialismus – Ziel, Weg und Werte":

"Profitorientierte Wachstumsinteressen stellen die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage." "Wir wollen die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums verlassen und statt dessen den Weg eines Wachstums im Rahmen nachhaltiger Entwicklung gehen. Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft, die damit verbundene neue Art wirtschaftlichen Wachstums und wissenschaftlichen und technischen Fortschritts bedürfen einer alternativen Produktions- und Lebensweise".

Für weniger mit der Materie Befasste klingen diese Sätze zunächst mal ganz gut bis sogar radikal. Wir wollen die Sackgasse eines zerstörerischen Wachstums verlassen, wir sind offensichtlich auch für eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft und für eine alternative, also neue Produktions- und Lebensweise. Das Problem besteht nur darin, dass es sich nicht um ein Programm des gesellschaftlichen Umbaus handelt, sich auch nicht handeln kann, weil die Verhältnisse nicht so sind und es deshalb auch kein anderes als das von Profitmaximierung bestimmte Wachstum geben wird, welches eben sozial und ökologisch zerstörerisch ist. Im Programm wird dennoch wiederholt der Begriff Wachstum mit verschiedenen schmückenden Attributen versehen. Sie sollen wohl die Fixiertheit der Politik der Partei auf Wirtschaftswachstum bei Ökologieverständigen akzeptabel machen. Wirtschaftswachstum ist immer noch die Klammer, die alle politischen Programme und Sehnsüchte der Parteien verbindet, denn alle wissen, dass die kapitalistische Gesellschaft bei ständigem Null- oder "Minuswachstum" nicht funktioniert. Die PDS müsste ein neues Wirtschaftssystem vorschlagen, wozu sie sich nach dem offensichtlichen Versagen der Planwirtschaft nicht in der Lage sieht. Hinzu kommt, dass die Masse der Bevölkerung trotz gegenläufiger Erfahrungen leider immer noch an das Märchen glaubt, Wirtschaftswachstum beschere allen ein reicheres und glücklicheres Leben.

Eine schwierige Situation für jede Partei, den Menschen etwas anderes, sprich Unangenehmes zu sagen. Noch dazu für die PDS, die

sich natürlich völlig zu Recht den Kampf für die sozial Benachteiligten auf ihre Fahnen geschrieben hat. Z. B. zu sagen, dass unser materieller Verbrauch, wenn wir denn auch Gleichberechtigung für alle Völker wollen, die Möglichkeiten der Natur übersteigt, was wir immer stärker zu spüren bekommen werden. Deshalb muss das Wachstumsmärchen immer noch mitbedient werden, woraus sich eben die inneren Widersprüche des Programms ergeben. Dafür nur noch ein letzter Beleg: Im Umweltteil des Programms heißt es z. B.: Notwendig ist "auch die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes, den Verbrauch immer weiter steigern zu können". Vor diesem richtigen Satz wird aber gesagt: "Die Lösung der sozialen Frage ist zur Bedingung der Lösung der ökologischen Frage geworden". Für die Ohren von DDR-Bürgern klingt das sehr vertraut. In einem Vorschlag der Ökologischen Plattform zu diesem Problem wurde der sozialen Frage keine Priorität mehr eingeräumt, sondern auf die Gleichwertigkeit der Lösung beider Fragen Wert gelegt. Wenn wir also vor der ökologi-

schen erst die soziale Frage lösen wollen, dann darf doch wohl gefragt werden, wann denn unter den herrschenden Bedingungen des rasanten Sozialabbaus diese Frage gelöst sein wird? Und fällt uns dazu wirklich nichts anderes ein, als dem kapitalistisch bestimmten Mainstream zu folgen und die Melodie des Wirtschaftswachstums, nur mit geringfügigen Variationen, mitzusingen?

Voraussetzung für eine Politik der PDS, "die die Grenzen traditioneller ökologischer Reparaturpolitik überwindet und auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt", wie weiter oben erklärt wird, ist die Erkenntnis: Der Weg dorthin ist nicht der der kapitalistischen Marktwirtschaft, die ohne Wachstum nicht funktioniert und mit der es deshalb auch keine nachhaltige Entwicklung geben kann. Wir dürfen uns deshalb mit unseren ökonomischen und sozialen Programmteilen auch nicht auf diesen Pfad begeben.

Nochmal: Das Programm bietet dennoch gute Ansätze für wirksame Ökologiepolitik der PDS und wir sollten und wollen sie dabei unterstützen und auch weiterhin fordern.

Gesundheitsgefahr durch Mobilfunkantennen

Götz Brandt

Mobilfunk in Deutschland

In Deutschland telefonieren bereits über 17 Millionen Menschen mobil. Die Anzahl der Mobilfunkantennen ist bereits auf über 50000 Stück angewachsen (D-Netz, E-Netz). Mit dem Ausbau des UMTS-Netzes werden weitere 80-100000 Sender installiert. Die 6 konkurrierenden Unternehmen der Mobilfunkbranche wollen jeder ein eigenes enges Sendernetz aufbauen - eine im Kapitalismus übliche Verschwendung von Ressourcen. In den Städten sind Zellengrößen von 100-200 m Durchmesser und auf dem Lande von 500-1000 m üblich. Haus- und Grundstückseigentümer erhalten für eine Sendeantenne auf ihrem Haus oder Grundstück monatlich 250-750 €.

Mobilfunktechnik

Elektromagnetische Wellen werden kabellos zum Zwecke der Datenübermittlung ausgesendet, wobei elektrische und magnetische Felder zu einer elektromagnetischen Welle verschmelzen. Diese Strahlung wird wegen ih-

rer großen Reichweite und schnellen Ausbreitung vor allem vom Mobilfunk, aber auch vom Radio, Fernsehen, Radar, Richtfunk, schnurlosen Telefonanlagen, Babyphonen, Mikrowellen usw. genutzt.

Gemessen werden diese Wellen bei der elektrischen Feldstärke in Volt pro Meter (Vm^{-1}), bei der magnetischen Feldstärke in Ampere pro Meter (Am^{-1}) und bei der aus beiden Parametern resultierenden Leistungsflussdichte in Watt pro Quadratmetern (Wm^{-2}).

Wird auf einer Antenne eine hin- und herschwingende Ladung erzeugt - wie beim D- und E-Netz - dann ändert sich die magnetische Feldstärke im Takt der Schwingung. Eine Schwingung pro Sekunde ist ein Hertz (Hz), eine Milliarde Schwingungen pro Sekunde ein Gigahertz (GHz). Beim gepulsten (schwingenden). Mobilfunk reicht das elektromagnetische Spektrum von 0,9 bis 1.9 GHz.

Im Unterschied zu den analogen Sendern von Radio und Fernsehen sowie dem C-Mobilfunknetz ist der digitale GSM-Standard niederfrequent gepulst. Das Signal beim Handy und bei der Sendebasisstation wird viele hundertmal in der Sekunde ein- und ausgeschaltet. Deshalb spricht man von der gepulsten Digitaltechnik.

Die niederfrequente Pulsung hat eine wesentlich stärkere biologische Wirkung auf Mensch und Tier als die analogen Wellen. In den USA und in der UdSSR hat man das schon vor 30-40 Jahren herausgefunden (Militärforschung). Deshalb wurde in den USA die weniger gefährliche CDMA-Technik entwickelt, welche mit ungepulsten rauschähnlichen Analogsignalen arbeitet. Aus patentrechtlichen Gründen - zu hohe Lizenzgebühren - wird diese Technik in Europa nicht genutzt.

Gesundheitliche Auswirkungen durch Mobilfunk-Sendeanlagen

Hier wird der Begriff Elektrosmog angewendet, der die Verunreinigung der menschlichen Umgebung mit elektromagnetischer Strahlung zum Ausdruck bringt. Elektrosmog geht durch Fenster und Türen, Dach und Wand oder wird im Haus selbst erzeugt. Allerdings bringen Leicht- und Schwerbeton, beschichtetes Wärmedämmglas und Aluminiumfolie eine gute Schutzwirkung.

Im sogenannten Resonanzbereich, wo die Körpergröße mit der Wellenlänge übereinstimmt, ist die aufgenommene Strahlungsenergie am größten. Erwachsene werden vor allem von den weniger gefährlichen Fernseh- und UKW-Wellen getroffen, Kinder mehr durch die gefährlichen Mobilfunkwellen. Etwa 8 % der Menschen sind elektrosensibel und haben bereits bei 0,02 Nanowatt pro Quadratzentimeter Strahlung Befindlichkeitsstörungen (nano = der milliardste Teil). Ein E/H- Feldmessgerät, mit dem man in der eigenen Wohnung die Strahlenbelastung feststellen kann, gibt es schon für 149 €.

Wissenschaftliche Untersuchungen, die von den Mobilfunkbetreibern verschwiegen oder angezweifelt werden, haben ergeben, dass bereits bei einer Strahlung von nur 1 Nanowatt pro Quadratzentimeter Leistungsdichte - über eine längere Zeit einwirkend - Menschen krank werden.

Gesetzliche Grenzwerte

Der gültige Grenzwert nach der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) für Mobilfunkanlagen liegt zur Zeit bei 470000 Nanowatt pro Quadratzentimeter bei 0,9 GHz Frequenz (D-Netz). Dieser gesetzlich festgelegte Grenzwert basiert auf den thermischen Wirkungen der elektromagnetischen Wellen, ob sie das menschliche Gewebe, auf das sie treffen, erwärmen. Dieser Grenzwert hat also nur Bedeutung für das Wartungspersonal in unmittelbarer Nähe des Senders, aber auch für Handybesitzer, die ihr Telefon ständig am Ohr haben.

Hier drängt sich sofort die Frage auf, warum denn ein Grenzwert von 470000 Nanowatt pro Quadratzentimeter festgelegt wurde, wo doch schon 1 nWcm² krank machen kann. Die Erklärung liegt eben darin, dass nur der thermische Effekt der elektromagnetischen Wellen berücksichtigt wurde und nicht der - bis dahin noch nicht erforschte - biologische Effekt, der wissenschaftlich schwierig nachzuweisen ist. Das elektromagnetische Wellen Gewebezellen erhitzen können, ist lange bekannt und leicht zu messen. Die technische Anwendung im Mikrowellenofen ist bekannt. Der thermische Grenzwert soll den Menschen vor Überhitzung schützen. Als gesundheitlich unbedenklich gilt, wenn die lokale Körpertemperatur bei 6 Minuten Einwirkung der Strahlen nicht mehr als 0,5 Kelvin erhöht wird. Diesen Effekt kann man am Ohr auch mit einer Pudelmütze erreichen. Aber das Innenohr und das Auge, wo das Handy wirkt, haben so gut wie keine Thermoregulation. Dort staut sich die Wärme.

Wissenschaftler haben festgestellt, dass bereits der 10000ste Teil der zugelassenen Grenzwerte ausreicht, um krankmachende biologische Effekte hervorzurufen: Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche, Herzrhythmusstörungen, Ohrensausen, allergische Reaktionen, vor allem bei Kindern ein verändertes Blutbild, Ausschüttung von Stresshormonen, erhöhte Gerinnungsneigung des Blutes, Öffnung der Blut-Hirnschranke, wodurch Gifte in das Gehirn gelangen können, Unruhezustände, Nervosität, Depressionen, Gedächtnisstörungen, Augenreizungen, grauer Star, erhöhter Blutdruck, Schwindel, Potenzstörungen, Fruchtbarkeitsstörungen, Immunschwäche, erhöhtes Krebsrisiko. Alte Menschen und Kinder werden eher betroffen und leiden früher als gesunde junge Männer und Frauen.

Schnurlose digitale Telefone in den Wohnungen sind kleine gepulste Mobilsender, die ununterbrochen senden, auch wenn nicht telefoniert wird. Durch sie können die gleichen oben geschilderten gesundheitlichen Schäden auftreten, vor allem bei Kindern.

Empfehlungen zum Schutz vor elektromagnetischen Wellen

Die WHO der UNO rät:

- keine Mobilfunkanlagen in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen
- kein Handygebrauch im Auto ohne Außenantenne und Freisprechanlage
- keine Drahtlostelefone in Wohnungen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz rät:

- Besser das Festnetz nutzen als das Handy.

- Mit dem Handy nur kurz telefonieren.
- Eine Außenantenne am Auto ist notwendig.
- Freisprechanlagen nutzen, um den Abstand Kopf zu Antenne zu vergrößern
- SMS nutzen, damit das Handy nicht an den Kopf kommt.
- Kinder sollen kein Handy bekommen.

Baugenehmigung für Antennen

Bisher dürfen in Gewerbegebieten Sendemasten bis zu einer Höhe von 12 m (in den einzelnen Ländern abweichend) ohne Baugenehmigung errichtet werden. Die Mobilfunkbetreiber legen diese Festsetzung so aus, dass meist nur die Antennenhöhe und nicht die Höhe von Gebäude plus Antenne gerechnet wird. Das Gesetz ist nicht eindeutig.

Ein Baugenehmigungsverfahren ist aber grundsätzlich notwendig, wenn eine Sendeanlage als gewerbliche Einrichtung in einem reinen oder allgemeinen Wohngebiet oder in einem Siedlungsgebiet errichtet werden soll. Um Ärger mit den Bürgern zu vermeiden, haben Mobilfunkbetreiber auch schon ihre Antennen in Attrappen versteckt, wie Litfasssäulen, Skulpturen auf Gebäuden usw.

Nach §35 BauGB, Abs. 1, Ziffer 3 sind Vorhaben der Telekommunikationsdienstleistungen im Außenbereich zulässig. Im §34 Abs. 1 Satz 2 ist festgelegt, dass die Anforderungen an gesunde Arbeits- und –Lebensbedingungen gewahrt werden müssen. Auf diese gesetzlichen Grundlagen wird deshalb hingewiesen, weil sich Bürger gegen Mobilfunkantennen gegenwärtig nur über das Baurecht wehren können.

Diskussion

Brief von Marko Ferst an den Rundfunk Berlin Brandenburg zur Sendung "Ozon"

Ökologische Plattform bei der PDS
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

RBB
Intendantin Frau Dagmar Reim
RBB-Programmausschuß + Rundfunkrat
Masurenallee 8-14

14057 Berlin

Sehr geehrte Frau Reim,
sehr geehrte Mitglieder des RBB-Programmausschusses und des RBB-Rundfunkrates Berlin und Brandenburg,

wie in der Presse zu erfahren war, aber auch durch zahlreiche Stellungnahmen aus Umweltorganisationen, beabsichtigt der RBB die Umweltsendung "Ozon" auszumustern. Nur einzelne Umweltbeiträge sollen noch (vorläufig?) in einer anderen Reihe untergebracht werden. Die Sendung "Globus" in der ARD ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie viel Ökologie dann übrigbleiben dürfte. Laut einer Studie, die vor etwa zwei Jahren erschien, wurden ungefähr zwei Drittel aller Umweltsendezeiten in Fernsehen und Rundfunk bis dahin weggespart. Mit "Ozon" würde wohl eine der profiliertesten Sendungen vom Sender gehen.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, diese Umweltsendung zu erhalten. Just in Zeiten, wo es darauf ankäme, mehr Umweltbewusstsein zu schaffen, weil die Zerstörung der ökologischen Gleichgewichte

immer unkorrigierbarer voranschreitet, da kommt man bei der RBB-Programmgestaltung auf die Idee, Ökologie ist ein Randthema, das ist nicht so wichtig, da können wir sparen. Offenbar hat man nicht mitbekommen, dass 2002 sich ein absolut extremes Jahrhunderthochwasser der Elbe Bahn gerissen hat, schon 1997 eines der Oder, und dass sich solche Ereignisse inzwischen sehr häufen. Über den ganzen Globus verteilt, melden uns die Frühwarnsysteme der Natur, wir destabilisieren die Klimagleichgewichte. Man kann das Auftauen von Permafrostboden und damit verbunden den Zusammenbruch von Mooren beobachten, erhebliche Teile der Gebirgsgletscher sind bereits abgetaut, auch großflächiges Absterben von Korallenriffen kann gesichtet werden, weil Meerestemperaturen steigen und vieles andere. Am Ende des 21. Jahrhunderts könnte ein Klima stehen, wo menschliche Existenz nur noch unter elendigen Bedingungen möglich ist und Millionen Menschen zusätzlich sterben, weil ihnen der Klimawandel die Nahrungsgrundlage raubt.

Bei solch einer zivilisatorischen Abrutschgefahr, aber auch vielen anderen Umweltsorgen, ist es wohl ganz das falsche Signal, die Umweltsendung "Ozon" einzustellen. Vielmehr könnte man sich vorstellen, dass die ARD endlich auch im Hauptprogramm ein vernünftiges und professionell gemachtes Umweltmagazin sendet. Warum sollten nicht 45 Minuten "Ozon" einmal im Monat mit bundesweiten Themen auf Sendung gehen im ersten deutschen Fernsehen? Als Ökologische Plattform bei der PDS würden wir ein solches Sendeformat sehr begrüßen. Außerdem dürfen wir Ihnen übermitteln, dass der Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Methling sich ebenso nachdrücklich für den Erhalt der Umweltsendung "Ozon" ausspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Koordinierungsrat
der Ökologischen Plattform
bei der PDS

Erwiderung des RBB

RUNDFUNK BERLIN-BRANDENBURG
RBB MARLENE-DIETRICH-ALLEE20 14482 POTSDAM

Herrn
Marko Ferst
Ökologische Plattform
bei der PDS
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Fernsehdirektor
19. Dezember 2003/js

Telefon 0331 731 36 30
Telefax 0331 731 36 33
E-Mail Fernsehdirektion@rbb-online.de

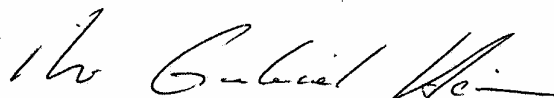
"OZON"

Sehr geehrter Herr Ferst,
vielen Dank für Ihr reges Interesse an unserem Umweltmagazin "OZON".

In der Phase der Neustrukturierung des rbb-Fernsehprogramms haben wir sämtliche Sendungen des ehemaligen SFB und ORB auf den Prüfstand gestellt. Wir haben keine Sendung ausgelassen, auch nicht "OZON". Es galt zu klären, in welchem publizistischen

Zusammenhang "OZON" zu unserem neuen Wissenschaftsangebot steht. Nun haben wir uns entschlossen, das Markenzeichen etwa achtmal pro Jahr unter dem traditionellen Namen auszustrahlen. Der Inhalt von Ozon wird überarbeitet und zeitgemäß präsentiert werden. In etwa zwölf Monaten wollen wir den Erfolg dieser Entscheidung überprüfen und bewerten, ob die Zuschauerinnen und Zuschauer unsere Magazine im erhofften Maße einschalten. Es wird also kein "OZON-Loch" im rbb geben.

Mit bestem Gruß



Gabriel Heim

Termine

25.3.2004

Umweltpolitik als Instrument ziviler Krisenprävention

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Information: Tel. (030)44310-140

25.-27.5.2004

Das Solarzentrum - Demonstrationsobjekte vor Ort erlebt.

Seminar über den Einsatz erneuerbarer Energien

Rosa-Luxemburg-Stiftung/Solarinitiative Mecklenburg-Vorpommern

Haus 11

23966 Wietow

Information: Tel. (03841)780409

Letzte Erkenntnisse:

Indem die Natur den Menschen zuließ, hat sie ein Attentat auf sich selbst begangen.

Emile M. Cioran

Zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.
Albert Einstein

Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pfd-online.de

Die „tarantel“ ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.

Ältere Papierausgaben der „tarantel“ können, so weit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform,
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, agigs@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de, Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000, wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Baden-Württemberg

Ökologische Plattform Baden-Württemberg
Sprecher: Gottfried Tonhauser-Kausch, Bergstr. 7, 74399 Walheim, Tel. 07143-60551 Dieta Thüringer, R 7, 50, 68161 Mannheim, Tel. 0621-101541

Bayern

PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, infor@pds-bayern.de, info@bulling-schroeter.de

Berlin

Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogas-de@aol.com

Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezzstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842
Karin Lück, Bergstr. 41, 15374 Müncheberg, Tel. 033432/82211, klueck@zalf.de
Dr. Dagmar Enkelmann, MdL, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wb-d.enkelmann@t-online.de
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg Tel. 03573/80234, Fax /80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax /503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709, erika-schulz@t-online.de

Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF) www.umweltdebatte.de
Peter Engert, K. E., Ziolkowskiring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel/Fax 03361/344351 /4, peterengert@t-online.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573, ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs (umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion), PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, B.Schwebs@PDS.Landtag-MV.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, im.lauter@primacom.net
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer (umweltpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361-3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

linke und ökologische Medien

Tageszeitung „Neues Deutschland“
(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Tel. 030/29390786, wiso@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)
Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform